

Offene Fragen der Geschichte Band 5

Chronik von 1934 bis 1943

Röhm-Putsch,
NS-Gleichschaltung,
Appeasement (Beschwichtigung),
Hitler-Stalin-Pakt,
Zweiter Weltkrieg,
US-Hilfslieferungen für Stalin,
Hitlers Endlösung,
Mitwisserschaft der Deutschen,
Unerwünschte jüdische Emigranten,
Flächenbombardements ...

Band 5/003

Chronik vom 20. Juli 1934 bis zum 31. Dezember 1934

20.07.1934

NS-Regime: Am 20. Juli 1934 stellt man die ersten bewaffneten SS-Verbände auf (später Waffen SS).

Die SS-Freiwilligenverbände und die SS-Führerschulen ("Junkerschulen") werden danach der Kontrolle durch die Wehrmacht entzogen und unterstehen der Befehlsgewalt der SS-Hauptämter (Hitler-Erlaß vom 17.08.1938).

Der deutsche Historiker Bernd Wegner berichtet später über die Schutzstaffeln (SS) von 1923 bis 1939 (x051/528-530): >>Schutzstaffeln (SS). Die SS der NSDAP war wie keine andere Institution des Dritten Reiches die Verkörperung nationalsozialistischer Herrenmenschens-Ideologie.

Die Frühgeschichte der SS reicht ins Jahr 1923 zurück, als Hitler eine "Stabswache" unter Führung von J. Berchtold aufstellte. Als Folge des Hitlerputsches vom 9.11.23 verboten, wurde sie Anfang 1925, diesmal unter dem Kommando von J. Schreck, neu begründet. Schon bald bildeten sich auch andernorts Staffeln in der Größe von zunächst nur je einem Führer und zehn Mann. Hauptaufgaben dieser ab Sommer 25 als "Schutzstaffeln" bezeichneten Stabswachen waren insbesondere der Schutz der Parteiprominenz, Versammlungsschutz sowie Werbeaktionen für die Partei.

Die Staffeln standen also nicht in der Tradition der Wehrverbände, sondern waren Parteikader, deren Bedeutung für Hitler in ihrer unbedingten - seitens der SA nicht immer verbürgten - Loyalität seiner Person gegenüber lag.

Die eigentliche Geschichte der SS beginnt mit der Berufung Himmlers zum - nach Berchtold und E. Heiden dritten - Reichsführer-SS (RFSS) am 6.1.29. Im Windschatten des allgemeinen Aufstiegs von NSDAP und SA gelang es Himmler, die Mitgliederzahl der SS von zunächst wenigen hundert auf rund 52.000 Ende 32 zu steigern.

Auch begannen sich neue Aufgabenfelder abzuzeichnen: Mit der Niederwerfung der parteiinternen Stennes-Revolution und dem 1931 von Heydrich begonnenen Aufbau eines "Ic-Dienstes", der Keimzelle des späteren Sicherheitsdienstes (SD), etablierte sich die SS als "Parteipolizei" der NSDAP. Zugleich dokumentierte die Errichtung eines "Rasse- und Siedlungsamtes" (1931) die Entschlossenheit des neuen RFSS, mit der SS einen Führungsorden auf der Grund-

lage "biologischer Auslese" zu schaffen.

Trotz nochmaliger Vervielfachung der Mitgliederzahl auf ca. 209.000 Ende 33 vollzog sich der machtpolitische Aufstieg der SS nach der sogenannten Machtergreifung zunächst eher im Stillen. Himmlers Berufung auf die unscheinbare Stelle eines kommissarischen Polizeipräsidenten von München (9.3.33) erwies sich als Ausgangspunkt einer Entwicklung, welche den SS-Chef binnen fünfzehn Monaten zum Herrn der Politischen Polizei in sämtlichen deutschen Ländern aufsteigen ließ.

Damit verfügte Himmler nicht allein über ein schlagkräftiges Machtinstrument; wichtiger noch war, daß sich mit der Übernahme immer weiterer Partei- und Staatsfunktionen in die Hände der SS eine für die Systemstruktur dieses Regimes typische "Führerexekutive" herausbildete. Kennzeichnend für sie war, daß ihr Handeln letztlich nicht mehr durch allgemeine Rechts- und Gesetzesnormen, sondern allein durch den Willen des "Führers" legitimiert und bestimmt wurde.

Ihre diesbezügliche Bewährungsprobe bestand die SS mit der Liquidierung der SA-Führung am 30.6.34 bei der sogenannten Röhm-Affäre, welcher die Erhebung der - bis dahin der Obersten SA-Führung unterstellten - SS zur "selbständigen Organisation" der NSDAP folgte (20.7.34). Von der Vormundschaft der SA befreit, konnte Himmler nun jenes allumfassende Kontroll- und Beherrschungssystem aufbauen, das später "SS-Staat" genannt wurde.

Drei Entwicklungsstränge kennzeichnen diesen auf die Schaffung eines einheitlichen "Staatschutzkorps" abzielenden Prozeß: Zum einen wurde die Verzahnung von SS und Polizei weiter vorangetrieben. Die Ernennung Himmlers zum Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei ... am 17.6.36 sowie die Errichtung des Hauptamtes Ordnungspolizei und des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) schufen die institutionelle Grundlage für die nun zunehmend auch personelle Verschmelzung.

Zugleich wurde der SD, der seit 1934 bereits über das Nachrichtenmonopol innerhalb der NSDAP verfügte, ausgebaut. Seit Herbst 38 durfte er offiziell auch in staatlichem Auftrag tätig werden; im Februar 44 wurde ihm auch die bis dahin zum OKW gehörige militärische Abwehr unterstellt.

Drittens erfuhren die z.T. erst im Sommer 34 von der SA übernommenen und Eicke als Inspekteur unterstellten Konzentrationslager (KZ) bis 1937 eine grundlegende, am "Modell" des Lagers Dachau orientierte Reorganisation. Ihr Ergebnis war eine Zentralisierung und straffere Kontrolle der Lager und ihrer Wachmannschaften (Totenkopfverbände), die effektivere Ausbeutung der Häftlingsarbeit sowie die planmäßige Abschottung dieses Sektors gegenüber den Hoheitsrechten von Justiz und Reichsinnenministerium.

Während sich die SS im Bereich der inneren Sicherheit des Regimes also rasch eine Monopolstellung zu verschaffen verstand, begegneten ihre militärischen Ambitionen stärkerem Widerstand. Mit der auf Befehl Hitlers im März 33 aufgestellten "Leibstandarte" und den bald darauf verschiedenorts entstehenden "Politischen Bereitschaften", die im Herbst 1934 zur Verfügungstruppe zusammengefaßt wurden, verfügte die SS schon früh über militärisch organisierte Freiwilligenverbände.

Sie waren, ebenso wie die 1934/35 gegründeten SS-Führerschulen (Junkerschulen), der Kontrolle durch die Armee weitgehend entzogen. Die Bedeutung dieser Einrichtungen, deren militärische Funktion nach jahrelangem Tauziehen zwischen SS- und Heeresführung durch Erlaß Hitlers vom 17.8.38 ausdrücklich anerkannt wurde, lag zunächst weniger in ihrer Stärke (1.1.39: ca. 14.000 Mann) als vielmehr in der Tatsache, daß ihre Existenz an sich eine irreversible Durchbrechung des Waffenmonopols der Wehrmacht darstellte.

Der Einfluß der SS beschränkte sich indes nicht allein auf die Verfügungsgewalt über einige zentrale Gewaltinstrumente. Vielmehr verstand Himmlers "Schwarzer Orden" sich in bewußter Anlehnung an Adel und Ritterschaft früherer Jahrhunderte als eine gesamtgesellschaftliche

Führungselite. Als solche beanspruchte sie, Vorbild und Erzieher des ganzen Volkes zu sein, um diesem seine "außerchristlichen arteigenen weltanschaulichen Grundlagen für Lebensführung" zurückzugeben, welche durch einen tausendjährigen Irrweg christlich-abendländischer Geschichte verschüttet worden seien.

Unter solch versponnener Zielsetzung nahm die SS erheblichen Einfluß auf Propaganda und Kultur, Religion und Wissenschaft. Das SS-Hauptamt und das Rasse- und Siedlungshauptamt (RuSHA) produzierten zu diesem Zweck eine Fülle von Büchern, Pamphleten und Filmen; aber auch die von der SS kontrollierten Nationalpolitischen Erziehungsanstalten sowie die Vereine Lebensborn und Ahnenerbe dienten als Vermittlungsinstanzen des SS-Weltbilds.

Dieses Weltbild und der daraus abgeleitete Herrschaftsanspruch waren neben der Person des RFSS die einzige Klammer der in ihren Funktionen wie in ihrer sozialen Zusammensetzung ansonsten so heterogenen SS. Es zu pflegen, bemühte sich Himmler darum auf ebenso skurrile wie pedantische Weise: Er gab der SS eine Art von Ordensregel, schuf ihr mit der westfälischen Wewelsburg ein spirituelles Zentrum, führte in Anlehnung an unterschiedliche historische Vorbilder pseudoreligiöse Rituale und Weihefeiern, Symbole und Kultgegenstände (u.a. Ehrendolch, Totenkopfring, Julleuchter) ein.

All dies sollte nicht nur die mystischen Bedürfnisse religiös entfremdeter SS-Sippen befriedigen, sondern zugleich ein Korsett von Traditionen schaffen, welche auch in einem sich mehr und mehr ausdifferenzierenden SS-Imperium ein SS-mäßiges Verhalten des einzelnen garantieren würden.

Mit fortschreitender Dauer des Krieges erfuhren solche Bemühungen freilich Rückschläge. Das Gesicht der SS wandelte sich, ohne daß sich ihre machtpolitische Zielsetzung geändert hätte. V.a. die nichtberufliche Allgemeine SS, vor dem Krieg das weltanschauliche Herzstück des Ordens, büßte nun, da ihre Mitglieder bis auf wenige Ausnahmen zum Kriegsdienst eingezogen wurden, ihre frühere Bedeutung ein. ...<<

Dr. Reinhard Barth schreibt später über den SS-Verein "Lebensborn" (x051/345): >>Lebensborn, eingetragener Verein im Rahmen des Rasse- und Siedlungshauptamts (RuSHA) der SS, gegründet Dezember 35. In Fortführung des Heiratsbefehls von 1932 trug die Satzung des Lebensborns (13.9.36) jedem SS-Mann auf, mindestens vier Kinder zu zeugen; ob ehelich oder nicht, spielte dabei keine Rolle.

In den gut ausgestatteten Heimen des Lebensborns sollten die Kinder zur Welt kommen; die Mütter blieben abgeschirmt von der Umwelt, Lebensborn besorgte Geburtsurkunden, regelte den Unterhalt und warb Adoptiveltern. Von Zwangsbeiträgen der hauptamtlichen SS-Führer finanziert, wurden (bis 1944) insgesamt 13 Heime unterhalten, in denen ca. 11.000 Kinder geboren wurden.

Akten und Unterlagen des Lebensborns sind fast vollständig vernichtet, so daß die tatsächliche Arbeit des Lebensborns nur schwer rekonstruierbar ist. So bleibt fraglich, ob Himmlers unter der Hand verbreitetes Angebot, "daß sich jede unverheiratete Frau, die ... sich nach einem Kind sehne, vertrauensvoll an den Lebensborn wenden könne", der ihr einen "Zeugungshelfer" vermittele, auch wirklich vom Lebensborn eingelöst wurde.

Auf jeden Fall verbanden sich mit Lebensborn weitergehende Pläne, wie sie etwa in Himmlers im Mai 42 skizzierten Vorhaben deutlich werden, "unter dem Gesichtswinkel der rund 400.000 heute wohl schon vorhandenen Frauen, die durch den Krieg und seine Gefallenen keine Männer bekommen können", eine Zentrale einzurichten, die "entsprechend dem edlen Gedanken ... der unverheirateten Mütter" gestaltet werden sollte.

Unklar ist weiterhin der Umfang eines Tätigkeitsfeldes, das dem Lebensborn nach Beginn des Rußlandfeldzuges zugewiesen wurde, die Mitwirkung bei der Eindeutschung von Kindern "germanischen Typs". Auf 30 Millionen schätzten die Rasseideologen die Zahl des "guten Bluts", das in Europa den Eltern genommen, vom Lebensborn geprüft und an deutsche Adop-

tivelttern weitergegeben werden sollte.

Im RuSHA-Prozeß schoben die Verantwortlichen des Lebensborns die Schuld am Kinderraub (Angaben schwanken zwischen mehreren Tausend und 200.000 Fällen) anderen SS-Organisationen zu und kamen mit milden Urteilen davon.<<

25.07.1934

Österreich: Bundeskanzler Engelbert Dollfuß (1892-1934) wird am 25. Juli 1934 in Wien von Rechtsradikalen erschossen.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Engelbert Dollfuß (x051/131):
>>Dollfuß, Engelbert, geboren in Texing (Niederösterreich) 4.10.1892, gestorben in Wien 25.7.1934, österreichischer Politiker; Reserveoffizier im 1. Weltkrieg; Jurist und Nationalökonom; 1927 Direktor der österreichischen Landwirtschaftskammer, 1931 Landwirtschaftsminister.

Der ehrgeizige, kleine Dollfuß (Spitzname "Millimetternich") wurde am 20.5.32 mit hauchdünner Parlamentsmehrheit Kanzler einer Koalition aus Christlich-Sozialen, Heimatblock und Landbund. Die wirtschaftliche Sanierung des Landes leitete er mit der Lausanner Anleihe vom 30.8.32 ein, für die er erneut auf einen Anschluß an das Deutsche Reich verzichtete.

Gegen die großdeutsche Anschlußbewegung wandte sich auch sein autoritärer Kurs (4.3.33 Aufhebung des Nationalrats), die Anlehnung an das faschistische Italien (20.8.33 Vertrag von Riccione) und das austrofaschistische Programm der von ihm gegründeten Vaterländischen Front (11.9.33).

Sie nahm nach Verbot der KP (Mai 33) und der Nationalsozialisten (Juni 33), nach blutiger Zerschlagung der Sozialdemokratie im sogenannten Februarputsch 34 und Verkündung des "Christlich-deutschen Bundesstaates Österreich auf ständischer Grundlage" in der Maiverfassung (1.5.34) den Platz der Parteien ein und wurde einzige legale Trägerin der politischen Willensbildung.

Der Rundschatz aber vor allem gegen die Organisationen der Arbeiterschaft beraubte Dollfuß potentieller Mitstreiter gegen die Nationalsozialisten, deren Terror auch die Wiedereinführung der Todesstrafe und die Errichtung von Anhaltelagern nicht brechen konnten und dem Dollfuß selbst schließlich erlag: Er wurde bei der Besetzung des Bundeskanzleramtes durch nationalsozialistische Putschisten ermordet.<<

31.07.1934

NS-Regime: Eine NS-Ortgruppe berichtet am 31. Juli 1934 über die Stimmung der Bevölkerung während einer Reichstagsrede des Führers (x023/109): >>... Alle Anwesenden hörten gespannt den Ausführungen des Führers zu. Seine Offenheit, Schlichtheit und sein Mut wirken begeisternd auf die Zuhörer. Sogar frühere Gegner, die bis jetzt der Bewegung fremd geblieben sind, sprechen sich jetzt für ihn aus. Das gesamte Volk erkennt die Größe seines Führers an und bedauert nur, daß er das alles durchmachen mußte.<<

01.08.1934

NS-Regime: SS-Gruppenführer Theodor Eicke (1892-1943, seit Mitte 1934 Inspekteur der Konzentrationslager und Leiter der Wachverbände bzw. später SS-Totenkopfverbände) unterzeichnet am 1. August 1934 folgende interne Lagerordnung für das Konzentrationslager Esterwegen (x050/154-156): >>... Zweck

Es bleibt jedem Schutzhaftgefangenen überlassen, darüber nachzudenken, warum er in das Konzentrationslager gekommen ist. Hier wird ihm Gelegenheit geboten, seine innere Einstellung gegen Volk und Vaterland zugunsten unserer Volksgemeinschaft auf nationalsozialistischer Grundlage zu ändern, oder, wenn es der einzelne für wertvoll hält, für die schmutzige 2. oder 3. Judeninternationale eines Marx oder Lenin zu sterben.

Zucht und Ordnung

Ohne Rücksicht auf Herkunft, Stand und Beruf befinden sich die Gefangenen ausnahmslos

in einem untergeordneten Verhältnis. Ob alt, ob jung, hat sich jeder an militärische Zucht und Ordnung vom ersten Tage an zu gewöhnen. Alle SS-Männer, bis zum Kommandanten des Konzentrationslagers sind Vorgesetzte der Gefangenen; ihren Befehlen ist unverzüglich und ohne Widerrede Folge zu leisten.

Ehrenbezeugung

Zur Förderung der Manneszucht sind die Gefangenen gezwungen, vor allen SS-Angehörigen militärische Ehrenbezeugung zu erweisen. Wird ein Gefangener von einem SS-Mann angesprochen, so hat er militärische Haltung anzunehmen. ...

Werden Gefangenen-Unterkünfte durch einen Vorgesetzten betreten, dann hat der nächststehende Gefangene durch den Ruf "Achtung" darauf aufmerksam zu machen. Der Stubenälteste meldet die Belegstärke; die Belegschaft hat Haltung anzunehmen. ...

Pflicht zur Arbeit

Die Gefangenen sind ausnahmslos zur körperlichen Arbeit verpflichtet. Stand, Beruf und Herkunft bleiben außer Betracht. Wer die Arbeit verweigert, sich vor ihr drückt oder zum Zwecke des Nichtstuns körperliche Gebrechen oder Krankheit vorschützt, gilt als unverbesserlich und wird zur Verantwortung gezogen.

Die Arbeitszeit im ganzen Lager bestimmt ausschließlich der Lagerkommandant. Beginn und Ende der Arbeit werden durch Hornsignale oder durch die Werkstattglocke bekanntgegeben.

...

Verhalten im Lager

Johlen, Schreien und überlautes Rufen ist im Lager untersagt. ... Zusammenrottungen in der Nähe der Draht Hindernisse an der Lattengrenze sind verboten. Wird dieses Verbot nicht beachtet, dann wird scharf geschossen. Befehle der Lagerposten sind unverzüglich zu vollziehen; einem Befehl kann, wenn erforderlich, mit der Waffe Nachdruck verliehen werden.

Lagerarzt

Der Lagerarzt ist nur für Kranke, aber nicht für Arbeitsscheue da. Gefangene, welche sich durch eine grundlose oder zimperliche Krankmeldung von der Arbeit zu drücken versuchen, werden der Abteilung "Strafarbeit" zugeteilt. ...

Aufwiegler

Wer im Lager, an der Arbeitsstelle, in den Unterkünften und auf Ruheplätzen politisiert, aufreizende Reden hält ... wird als Aufwiegler behandelt.

Gemeingefährlich

Wer einem Posten Geschenke anbietet, zu bestechen sucht, in seiner Gegenwart den Marxismus oder eine andere Novemberpartei verherrlicht, abfällige Bemerkungen über den nationalsozialistischen Volksstaat und seine Regierung macht, sich widerspenstig zeigt, einem fremden Lagerbesucher heimlich Mitteilung über das Lager und seine Insassen macht, Briefe, Zettel, Lichtbilder und Kleidungsstücke zusteckt, im Lager verbotene Gegenstände, Kleidungsstücke, Mützen, Zigarettendosen, die sich als Verstecke eignen, herstellt, empfängt, weitergibt, verschickt, wird als gemeingefährlich behandelt.

Strafen

Verbrechen, Vergehen und Übertretungen werden nach der Disziplinar- und Strafverordnung für Schutzhaftgefangene geahndet. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Theodor Eicke (x051/140-141): >>Eicke, Theodor, geboren in Hampont (Elsaß-Lothringen) 17.10.1892, gestorben bei Orelka (UdSSR) 26.2.1943, SS-Obergruppenführer (1943); im 1. Weltkrieg Zahlmeister, danach Polizeidienst und Kaufmann, 1923-32 Sicherheitskommissar bei I. G. Farben.

1928 trat Eicke der NSDAP und der SA bei und wurde 1930 in die SS übernommen. Sein gutes Verhältnis zu Himmler förderte seinen raschen Aufstieg und schützte den notorisch aggressiven Eicke vor Rache auch eigener Parteigenossen.

Im Sommer 33 wurde er zum Kommandanten des KZ Dachau ernannt, das er zu einer Art Musterlager ausbaute (Motto: "Toleranz ist ein Zeichen von Schwäche"). Seine Wachmethoden (Prügel- und Todesstrafe, Kapo-System, Entwürdigung der Häftlinge u.a.) wurden verbindlich, als Eicke im Juli 34 zum Inspekteur der Konzentrationslager und der SS-Totenkopfverbände ernannt wurde.

Die Beförderung war der Dank für seine aktive Beteiligung an der Mordaktion gegen die SA in der Röhm-Affäre. Seine dabei eingesetzte Totenkopfstandarte wurde Kerntruppe der 1939 aufgestellten Waffen-SS-Division "Totenkopf", deren Kommando Eicke übernahm und die mit überharter Kampfführung und Kriegsverbrechen zur späteren Verurteilung der Waffen-SS als "verbrecherische Organisation" beitrug.

Eicke kam bei einem Flugzeugabsturz an der Ostfront ums Leben.<<

02.08.1934

NS-Regime: Reichspräsident Paul von Beneckendorff und von Hindenburg stirbt am 2. August 1934 auf seinem Gut Neudeck in Ostpreußen.

In den Todesanzeigen wird der Verstorbene wunschgemäß zitiert (x269/313): >>... Maßgebend in meinem Leben und Tun war für mich nicht der Beifall der Welt, sondern die eigene Überzeugung, die Pflicht und das Gewissen.

Ich bin todmüde, aber ich werde stehen, bis ich umfalle, solange dieser alte Körper noch zu etwas gut ist, für ein Beispiel.

Bis zu meinem letzten Atemzuge wird die Wiedergeburt Deutschlands meine einzige Sorge, der Inhalt meines Bangens und Betens sein.<<

Hitler ernennt sich am 2. August 1934 eigenmächtig "per Gesetz" zum sogenannten "Führer" des Deutschen Reiches (das Amt des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers werden verfassungswidrig vereinigt).

Adolf Hitler, der sich danach "Führer und Reichskanzler" nennt, ist jetzt nicht nur Reichspräsident und Reichskanzler, sondern auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte und realisiert damit die wesentlichsten Grundlagen des sogenannten "Führerprinzips" (persönliche Diktatur).

NS-Reichsrechtsführer Hans Frank berichtet später über die Machtposition Hitlers (x256/-121): >>Der Führer ist der oberste weltanschauliche Repräsentant des deutschen Volkes, der höchste Lenker seiner staatlichen Geschicke, Staatschef des deutschen Reiches, Chef der deutschen Regierung und damit Chef des gesamten Verwaltungsapparates des Deutschen Reiches, der verfassungsgebende Abgeordnete des deutschen Volkes, Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht, Oberster Gerichtsherr des Deutschen Reiches und Volkes. ...<<

Nach dem Tod des Reichspräsidenten gibt es verfassungsrechtlich kein deutsches Staatsoberhaupt mehr, denn das Amt des sogenannten "Führers" existiert in der Verfassung des Deutschen Reiches überhaupt nicht.

Seit dem 2. August 1934 müssen alle Soldaten der Wehrmacht folgendes Treuegelöbnis auf den "Führer des Deutschen Reiches, Adolf Hitler", leisten (x128/161): >>Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid; daß ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam leisten werde und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.<<

07.08.1934

NS-Regime: Bei Hindenburgs Beisetzung (Tannenberg-Denkmal in Ostpreußen) ruft Hitler am 7. August 1934 theatralisch (x032/153): >>Toter Feldherr, geh' nun ein in Walhall!<<

19.08.1934

NS-Regime: Die Volksabstimmung vom 19. August 1934 über die Ämterfusion des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers ergibt zwar nach NS-Angaben eine Zustimmung von 89,9 %, aber angesichts der diktatorischen Verhältnisse findet naturgemäß keine demokratische Abstimmung statt.

20.08.1934

NS-Regime: Hitler erklärt am 20. August 1934 in einem Aufruf an das deutsche Volk (x245/-361): >>... Angefangen von der obersten Spitze des Reiches über die gesamte Verwaltung bis zur Führung des letzten Ortes befindet sich das Deutsche Reich heute in der Hand der Nationalsozialistischen Partei. ...<<

04.09.1934

NS-Regime: In Nürnberg beginnt am 4. September 1934 der 6. NS-Reichsparteitag ("Triumph des Willens" vom 4. bis zum 10.9.1934).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Reichsparteitage" der NSDAP (x051/481): >>Reichsparteitage, Zusammenkünfte der NSDAP, die anders als bei demokratischen Parteien nicht der politischen Willensbildung, sondern der Selbstdarstellung, Parolenausgabe und Machtdemonstration dienten.

Ab 1927 fanden die Reichsparteitage in Nürnberg statt, 1933-38 jährlich Anfang September eine Woche lang. Die Stadt war zum einen eine erste nationalsozialistische Hochburg und wurde zudem gewählt, weil hier die Reichstage des "ersten Reiches der Deutschen" getagt hatten, in deren Tradition die Reichsparteitage gestellt werden sollten.

Die Anlagen dafür wurden von Speer im Südosten der Stadt großzügig ausgebaut: 1935 wurde die Luitpoldarena fertig, eine Kongreßhalle für 60.000 Menschen war im Bau, 1936 marschierten die Formationen der Partei auf dem Zeppelfeld auf, das mehrere hunderttausend Personen faßte, von Walltribünen mit steinernen Fahnentürmen gesäumt war und eine Haupttribüne mit gewaltiger Pfeilerhalle erhielt, Märzfeld und Stadion ergänzten die Schauplätze, zu denen eine breite Aufmarschstraße führte. Obwohl während des Krieges keine Reichsparteitage stattfanden, ging der Ausbau weiter.

Die Rituale der Reichsparteitage waren konstant: In endlosen Kolonnen zogen SA, SS, NSKK und HJ, die einen Adolf-Hitler-Marsch nach Nürnberg veranstaltete, an Hitler vorbei, später ergänzt durch Wehrmacht-Einheiten, denen ein eigener Tag auf den Reichsparteitagen gewidmet wurde. Die Marschierer formierten sich zu unübersehbaren Menschenquadern auf dem Reichsparteitagsgelände, wo Hitler als Höhepunkt seine programmatischen Reden hielt, zu denen das Diplomatische Korps und ausländische Ehrengäste geladen wurden.

Fahnen wurden geweiht, Sportvorführungen gezeigt, Treuegelöbnisse und Totenehrungen zelebriert, ein blutrotes Fahnenmeer umwogte die Massen, ein Ring von Flakscheinwerfern überwölbte die abendlichen Appelle mit einem "Lichtdom". Diese ganz auf propagandistische Wirkung berechneten Inszenierungen sollten Hitler als den unangefochtenen Volksführer zeigen und das Gemeinschaftsgefühl stärken.

Der erste Reichsparteitag fand vom 27.-29.1.23 in München, der zweite nach Wiederbegründung der Partei in Weimar am 3./4.7.26 statt. Es folgten zwei weitere Reichsparteitage in Nürnberg (19.-21.8.27 und 1.-4.8.29), bevor die Reichsparteitage nach 1933 als wichtige Feiern quasi staatlichen Charakter bekamen.

Sie wurden nun jeweils unter ein Motto gestellt: 31.8.-3.9.33 "Sieg des Glaubens" zur Feier der Machtergreifung, 4.-10.9.34 "Triumph des Willens" nach Vollendung der Diktatur Hitlers, 10.-16.9.35 "Reichsparteitag der Freiheit" zur Verkündung der Nürnberger Gesetze über die Judendiskriminierung, 8.-14.9.36 "Reichsparteitag der Ehre" nach den erfolgreichen Olympischen Spielen und der Rheinlandbesetzung, 6.-13.9.37 "Reichsparteitag der Arbeit" zur Verkündung des Vierjahresplans, 5.-12.9.38 "Reichsparteitage Großdeutschlands" nach dem Anschluß Österreichs. Der für 1939 vorgesehene (11.) "Reichsparteitag des Friedens" fiel aus wegen des Kriegsbeginns.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Riefenstahl-Film "Triumph des Willens" (x051/586): >>Triumph des Willens, Motto des Reichsparteitages 1934 und Titel des Films darüber von Leni Riefenstahl, die dafür den nationalen Filmpreis 1934/35 er-

hielt.

Goebbels bezeichnete das von Hitler persönlich in Auftrag gegebene Propagandawerk als "große filmische Vision des Führers, der hier zum ersten Male bildlich in nie gesehener Eindringlichkeit in die Erscheinung tritt".

"Triumph des Willens", der auch im Ausland, u.a. beim Filmfestival in Venedig, zahlreiche Auszeichnungen erhielt, wurde mit 30 Kameraleuten und einem Heer von Komparsen verwirklicht. Wie der Parteitag war auch der Film gänzlich auf Hitler zugeschnitten, dessen "befreiende Tat" bei der vorangegangenen Röhm-Affäre besonders herausgehoben und zur Demonstration der Geschlossenheit genutzt wurde.

Hitlers Ankunft in Nürnberg per Flugzeug erschien als Epiphanie (Erscheinung) eines höheren Wesens. Was aus der Perspektive der Parteitagsteilnehmer fern und klein erschien, wuchs im Film zum übermächtigen, verehrungsheischenden Vordergrund: Der "Führer" Heerschau haltend vor unübersehbaren Marschsäulen, umweht von Fahnen, getaucht in Fackelschein und Flutlicht. "Triumph des Willens" wurde damit zu einem eindrucksvollen Dokument des Führerkults.<<

Der englische Filmkritiker Richard Roud schreibt später über den Dokumentarfilm "Triumph des Willens" (x032/159): >>... Dies ist sicher einer der aufregendsten Filme, die je gemacht wurden; es ist auch einer der wichtigsten Filme überhaupt, weil er fundamentale Fragen von Form und Inhalt aufwirft. Die Kraft des Films ist so gewaltig, daß er den Zuschauer auf Wege führt, denen er normalerweise nie folgen würde ...<<

Ein Sozialdemokrat berichtet damals über die Wirkung der NS-Propaganda in Süddeutschland (x149/78): >>Die politisch ungeschulten Menschen stehen im Bann der Nazi-propaganda, die täglich die Sinne vernebelt. ...

Das Absinken der Arbeitslosigkeit ist einer der Erfolge, der Hitler gutgeschrieben wird. Daß die gesamte Weltwirtschaft nach der vorangegangenen großen Krise wieder im Aufstieg begriffen ist, daß Millionen deutsche Arbeitskräfte in den Dienst der Hochrüstung für Kriegspläne gestellt werden, vermag die breite Masse nicht zu erkennen. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim C. Fest (1926-2006) schreibt später über die psychologischen Folgen der NS-Propaganda (x245/370-371): >>... Die sofort rigoros in Anspruch genommene Verfügungsmacht über die publizistischen Massenmedien schuf die technischen Vorbedingungen für die Durchsetzung eines Denk- und Gefühlsschemas, nach dem die Nation nun einheitlich erfaßt und ausgerichtet wurde. In seinem Mittelpunkt stand, unendlich und bisweilen grotesk variiert, das Motiv der Führergestalt.

Aus dem ständig anschwellenden Lärm aller mit allem staatlichen Nachdruck betriebenen Propaganda, die Hitler als "Volkskanzler", "nationaler Befreier", "Erneuerer des deutschen Blutes" und mit nie abreißen der Erfindungsgabe vom Größten aller Deutschen bis hin zum Kinderfreund feierte, erhob er sich alsbald zu mythischer Größe, und vor den Tribünen, die er betrat, stieg süchtiger denn je der manipulierte Brunstschrei der Massen hoch.

In der Tat hatte er, der "Großmagier Hitler", weit stärker als irgendein Ereignis, irgendeine Person oder Personengruppe seines Gefolges daran Anteil, daß der Jubel sich so überwältigend steigerte und alsbald die Schreie übertönte, die aus den "Heldenkellern" der SA-Stabswachen nach oben drangen.

Der Vereinigung von taktischem Geschick und massensicherem Instinkt in seiner Person war es zuzuschreiben, daß die NSDAP innerhalb eines Jahres nicht nur nahezu vollständig die Macht, sondern auch die Mehrheit des deutschen Volkes eroberte und in einen Erregungszustand versetzte, der aus Selbsttäuschung, Idealismus, Furcht, Opferbereitschaft und Gläubigkeit seltsam gemischt war und als "Wunder deutscher Volkswendung" überschwenglich gefeiert wurde. ...<<

13.09.1934

Polen: Da Polen wegen Mißachtung des vereinbarten Minderheitenschutzabkommens verstärkt kritisiert wird, kündigt die polnische Regierung in der Vollversammlung des Völkerbundes das Minderheitenschutzabkommen.

Der polnische Außenminister Beck erklärt am 13. September 1934 (x028/29): >>... von heute ab sich jede Zusammenarbeit mit den internationalen Organen zu versagen, soweit es sich um die Kontrolle der Anwendung des Systems des Minderheitenschutzes durch Polen handelt.<<

17.09.1934

Großbritannien: Der spätere britische Premierminister Winston Churchill erklärt am 17. September 1934 nach einem Gespräch mit Heinrich Brüning in London (x032/162): >>... Deutschland muß wieder besiegt werden, und diesmal endgültig. Sonst werden Frankreich und England keinen Frieden haben.<<

18.09.1934

UdSSR: Die UdSSR wird am 18. September 1934 in den Völkerbund aufgenommen. Stalin versucht danach, die westeuropäischen Beziehungen zu verbessern.

30.09.1934

NS-Regime: Hitler spricht am 30. September 1934 anlässlich des Erntedankfestes auf dem Bückeberg bei Hameln vor etwa 700.000 Bauern (x032/164).

September 1934

NS-Regime: Die "Allgemeine Deutsche Haus- und Grundbesitzer-Zeitung" berichtet im September 1934 über "die Enteignung im neuen Reich" (x256/136): >>Auch das außerordentliche Enteignungsrecht hat seinen Platz im nationalsozialistischen Staat; denn ist auch das Gesetzgebungsverfahren heute wesentlich schneller als im Weimarer Staat, so kann doch jederzeit der Fall eintreten, daß augenblicklich einer dem Staate drohenden Gefahr begegnet werden muß.

Zu den Gefahren, die den Staatsnotstand rechtfertigen können, gehören auch solche, die man vielfach erst jetzt als solche erkannt hat, nämlich die Gefahren für Blut und Rasse. Darum ist ein Vorgehen gegen fremdrassige Elemente im Wege der Enteignung ohne gesetzliche Ermächtigung möglich, wenigstens so weit es sich um deutschen Grund und Boden handelt.

Von den liberalistischen Ideen des "Rechtsstaats" muß man da völlig abkommen. Unser oberstes Gesetz ist: "Recht ist, was dem deutschen Volke nützt.<<

08.10.1934

NS-Regime: Hitler besucht am 8. Oktober 1934 in der Festung Landsberg Aufseher und ehemalige Mithäftlinge.

09.10.1934

Frankreich: Der jugoslawische König Alexander I. und der französische Außenminister Louis Barthou (Befürworter der französisch-sowjetischen Beziehungen) werden am 9. Oktober 1934 in Marseille durch kroatische und makedonische Attentäter ("Ustascha" und "IM-RO") ermordet (x086/34).

Nachfolger des ermordeten jugoslawischen Königs Alexander I. wird Prinzregent Paul (1893-1976).

11.10.1934

NS-Regime: Der evangelische Landesbischof von Württemberg, Theophil Wurm, wird am 11. Oktober 1934 zwangsweise in den Ruhestand versetzt.

16.10.1934

NS-Regime: Die Braunschweiger NS-Organisation ermahnt am 16. Oktober 1934 säumige Mitglieder der "NS-Volksgemeinschaft", ihre "freiwilligen Spenden" zu leisten (x301/57): >>Deutscher Volksgenosse!

Am vergangenen Sonntag sind Sie dem Ruf unseres Führers und Reichskanzlers, aus Anlaß

des Eintopfgerichts eine entsprechende Geldabgabe zu machen, leider nicht gefolgt. Ich setze voraus, daß Sie dazu in der Lage sind und ihre Weigerung auch nicht aus Mangel an gutem Willen, sondern aus Verkennung der ganzen Sachlage erfolgte. Ich gestatte mir daher, Sie darauf hinzuweisen, daß die Eintopfsammlung ein Glied in der Kette des großen Winterhilfswerks und eine Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes ist. Jeder Deutsche kann und darf es sich nicht nehmen lassen, sofern er dazu irgend in der Lage ist, in Grenzen der Möglichkeit mit zu sorgen für die Ärmsten der Armen. Danken Sie Gott, daß Sie nicht zu diesen gehören. ... Darum hoffe ich bestimmt, daß Sie sich nun nicht weiter Ihrer Ehrenpflicht als Deutscher entziehen werden.

Der betr. Blockleiter wird in den nächsten Tagen zur Entgegennahme einer Ihren wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Spende nochmals bei Ihnen vorsprechen.

Heil Hitler!<<

20.10.1934

Deutsches Reich: Die Zweite Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche in Berlin-Dahlem erklärt am 20. Oktober 1934 (x050/160): >>Mit Polizeigewalt hat die Reichskirchenregierung nach der Kurhessischen auch die Württembergische und die Bayerische Kirchenleitung beseitigt. Damit hat die schon längst in der Evangelischen Kirche bestehende und seit dem Sommer 1933 offenbar gewordene Zerrüttung einen Höhepunkt erreicht, angesichts dessen wir uns zu folgender Erklärung gezwungen sehen,

I ... 3. Die angemaaßte Alleinherrschaft des Reichsbischofs und seines Rechtswalters hat ein in der Evangelischen Kirche unmögliches Papsttum aufgerichtet. ...

6. Die Ausschaltung der Synoden hat die Gemeinden im Widerspruch zur biblischen und reformatorischen Lehre vom Priestertum aller Gläubigen mundtot gemacht und entrechtet. ...

II ... 2. Durch die Verwaltung der süddeutschen Kirchen ist uns die letzte Möglichkeit einer an den bisherigen Zustand anknüpfenden Erneuerung der kirchlichen Ordnung genommen worden.

3. Damit tritt das kirchliche Notrecht ein, zu dessen Verkündigung wir heute gezwungen sind.

III 1. Wir stellen fest: Die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche ist zerschlagen. Ihre rechtmäßigen Organe bestehen nicht mehr. Die Männer, die sich der Kirchenleitung im Reich und in den Ländern bemächtigen, haben sich durch ihr Handeln von der christlichen Kirche geschieden.

2. Auf Grund des kirchlichen Notrechts der an Schriften und Bekenntnis gebundenen Kirchen, Gemeinden und Träger des geistlichen Amtes schafft die Bekenntnissynode der DEK neue Organe der Leitung. Sie beruft zur Leitung und Vertretung der DEK als eines Bundes bekenntnisbestimmender Kirchen den Bruderrat der DEK und aus seiner Mitte den Rat der DEK zur Führung der Geschäfte. ...<<

27.10.1934

China: Mao Zedong entschließt sich am 27. Oktober 1934 zu einer großen Flucht- und Ausweichbewegung, um dem Vernichtungsfeldzug, den Chiang Kai-shek gegen die kommunistische Partisanenbewegung anordnet, zu entgehen.

Während des 12.000 km langen Marsches, der etwa ein Jahr dauert, kommen etwa 9 Zehntel der 300.000 Kommunisten um. Nur höchstens 30.000 überleben die ständigen Kämpfe und großen Strapazen des "Langen Marsches" (x175/304).

Oktober 1934

Spanien: Da die autoritäre Regierung der vereinigten Rechtsparteien alle Reformen der Sozialisten rückgängig macht und Katalonien seine Autonomierechte verliert, verschlimmert sich die Lage der Arbeiter derartig, daß die Sozialisten und die bürgerliche katalanische Regierung im Oktober 1934 zum Aufstand aufrufen.

Die rechtskonservative Zentrumsregierung verhängt danach das Kriegsrecht und läßt den Aufstand durch General Francisco Franco (Chef des spanischen Generalstabs) kompromißlos niedergeschlagen. Der anschließenden Verhaftungswelle fallen zahlreiche sozialistische und liberale Politiker zum Opfer.

01.11.1934

NS-Regime: In der 3. Ausbürgerungsliste vom 1. November 1934 befinden sich z.B. (x032/-169): >>... Die Schriftsteller Klaus Mann, Bodo Uhse und Erich Weinert, ... der Theaterregisseur Erwin Piscator und der Führer der Schwarzen Front, Otto Strasser, einer der nationalsozialistischen Alt-Kämpfer, wegen Verbreitung von "Hetzschriften" ausgebürgert.

Ebenso ergeht es dem Schriftsteller Alfred Kantorowicz, den die Nationalsozialisten wegen seiner antifaschistischen Tätigkeit als den "übelsten Hetzer gegen das neue Deutschland" bezeichnen. Leonhard Frank, John Heartfield und Wieland Herzfelde, ... der Jurist Hubertus Friedrich Prinz zu Löwenstein, früher Mitglied der Zentrumspartei, des Reichsbanners und Vorsitzender des Republikanischen Studentenbundes, der in Saarbrücken als Herausgeber und Chefredakteur der Wochenzeitung "Das Reich" lebt. ...<<

03.11.1934

CSR: Ehemalige deutsche KZ-Häftlinge veröffentlichen am 3. November 1934 in Karlsbad ihre KZ-Berichte über Dachau, Hohnstein, Lichtenburg, Oranienburg, Papenburg und Sonnenburg ("Adolf Hitler - Deine Opfer klagen an!").

09.11.1934

NS-Regime: Hitler zitiert am 9. November 1934 in München den preußischen General und bedeutenden Theoretiker des Kriegswesens, Karl von Clausewitz (x099/36): >>Ihr habt alle nicht Clausewitz gelesen, oder, wenn ihr ihn gelesen habt, nicht begriffen, ihn anzuwenden auf die Gegenwart. Clausewitz schreibt, daß selbst nach einem heroischen Zusammenbruch noch immer Wiederaufbau möglich ist.

Nur die Feiglinge geben sich selbst auf und das wirkt und pflanzt sich fort wie ein schleichernder Gifttropfen. Und da wächst die Erkenntnis, daß es immer noch besser ist, wenn notwendig, ein Ende mit Schrecken auf sich zu nehmen, als ein Ende ohne Schrecken zu ertragen.<<

27.11.1934

NS-Regime: In Preußen werden am 27. November 1934 die Werke folgender Schriftsteller verboten (x032/174): >>Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger, E.J. Gumbel, Leonhard Frank, Alfred Kerr, Johannes R. Becher, Oskar Maria Graf, Georg Bernhard, Ernst Toller, Balder Olden, Anna Seghers, Theodor Plivier, Erwin Piscator, Prinz Max Karl zu Hohenlohe-Langenburg, Carola Reher, Leopold Schwarzschild, Gustav von Wangenheim, Klaus Mann, Gustav Regler, Erich Heinert, Ernst Ottwalt, Kurt Rosenfeld, Bode Uhse, Helmut Herzfeld alias John Heartfield, Walter Schönstedt, Alfred Kantorowicz, Willi Bredel und Peter Maslowski.<<

12.12.1934

NS-Regime: NS-Reichserziehungsminister Rust ordnet am 12. Dezember 1934 obligatorische Leibesübungen für Studierende des 1. bis 3. Semesters an.

DAF-Leiter Robert Ley erklärt in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 12. Dezember 1933 (x243/57): >>... Oberstes Gesetz der Gemeinschaft ist die Disziplin, ausgedrückt durch die Begriffe "Führer" und "Gefolgschaft". ...

Damit die Gemeinschaft den Kampf mit dem Schicksal bestehen kann, muß sie zur Höchstleistung erzogen werden. ...

Unser Vorbild ist der Soldat. ... Die Begriffe "Führer" und "Gefolgschaft" ... haben allein Sinn, ... wenn aus dem liberalistischen Begriff "Arbeitgeber" ein Offizier der Wirtschaft, und aus dem "Prolet" sein Gefolgsmann wird und beide zusammen den neuen Typ, den Soldaten der Arbeit darstellen. ...<<

14.12.1934

NS-Regime: Die NS-Presse berichtet am 14. Dezember 1934 (x032/176): >>Nur nicht vergessen! Am kommenden Sonntag Eintopf essen!<<

18.12.1934

NS-Regime: Am 18. Dezember 1934 wird für alle uniformierten Polizeiverbände der Hitler-Gruß angeordnet.

20.12.1934

NS-Regime: Das politische NS-Strafrecht wird am 20. Dezember 1934 um das "Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei ..." ergänzt.

Der deutsche Assessor Christoph Schmidt schreibt später über das "Heimtücke-gesetz" (x051/-244): >>Heimtücke-gesetz, nationalsozialistische Strafvorschriften zur Bekämpfung oppositioneller Meinungsäußerungen.

Nachdem die "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des Deutschen Volkes" vom 4.2.33 (RGBl. I, S. 35) der Regierung die Möglichkeit gegeben hatte, die Meinungs- und sonstige Betätigungsfreiheit oppositioneller politischer Gruppen und Parteien im wesentlichen zu unterbinden, und nachdem die Reichstagsbrandverordnung darüber hinaus organisierte politische Opposition praktisch unmöglich machte, wurde durch die "Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung" vom 21.3.33 (RGBl. I, S. 135) sogar die Bestrafung von regimekritischen Äußerungen von Privatpersonen in privatem Kreis möglich.

Nach § 3 war es bereits strafbar, wenn jemand eine "unwahre oder gröblich entstellte Behauptung" aufstellte, die geeignet war, das Ansehen der Regierung oder der hinter ihr stehenden Parteien zu schädigen.

Nach der Ausschaltung auch der nationalkonservativen ehemaligen Koalitionspartner der NSDAP ersetzte das "Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen" vom 20.12.34 (RGBl. I, S. 1.269) das eigentliche Heimtücke-gesetz, die Verordnung.

Es brachte insoweit Verschärfungen der Rechtslage, als z.B. der strafrechtliche Schutz der Parteiabzeichen derart verstärkt wurde, daß der Mißbrauch von Uniformen beim Begehen einer strafbaren Handlung die Todesstrafe begründen konnte (§ 3). Auch "nichtöffentliche böswillige Äußerungen" wurden nun mit Strafe bedroht, "wenn der Täter damit ... rechnen muß, daß die Äußerung in die Öffentlichkeit dringen werde" (§ 2, Absatz 2). Dem Denunziantentum war damit gesetzlich Tür und Tor geöffnet.

Um eine schnelle und effiziente strafrechtliche Verfolgung politischer Kritik zu erreichen, wurde der Erlaß der Heimtückeverordnung begleitet von der Errichtung der Sondergerichte. Nach der Kriminalstatistik von 1933 wurden 3.744 Verstöße gegen das Heimtücke-gesetz geahndet. In späteren Jahren wurde bei politischen Delikten keine Statistik mehr geführt.<<

1934

NS-Regime: In einem Diktat der 3. Volksschulklasse heißt es z.B. im Jahre 1934 (x073/159): >>Wie Jesus die Menschen von der Sünde und Hölle befreite, so rettete Hitler das deutsche Volk vor dem Verderben. Jesus und Hitler wurden verfolgt, aber während Jesus gekreuzigt wurde, wurde Hitler zum Kanzler erhoben. Während die Jünger Jesu ihren Meister verleugneten und ihn im Stiche ließen, fielen die 16 Kameraden (beim Hitlerputsch 1923) für ihren Führer. Die Apostel vollendeten das Werk ihres Herrn. Wir hoffen, daß Hitler sein Werk selbst zu Ende führen darf. Jesus baute für den Himmel, Hitler für die deutsche Erde.<<

Die Hitlerjugend (HJ) zählt Ende 1934 bereits etwa 3.500.000 Mitglieder (x067/115).

NS-Reichspropagandaminister Goebbels schreibt im Jahre 1934 (x243/45): >>... Wir Nationalsozialisten haben ... niemals behauptet, daß wir Vertreter eines demokratischen Standpunktes seien, sondern wir haben offen erklärt, daß wir uns demokratischer Mittel nur bedienen,

um die Macht zu gewinnen, und daß wir nach der Machteroberung unseren Gegnern alle die Mittel versagen würden, die man uns in Zeiten der Opposition zugebilligt hatte. ...<<

Rudolf Heß, der "Stellvertreter des Führers", erklärt im Jahre 1934 im Kölner Rundfunk (x149/77): >>Mit stolz sehen wir: einer bleibt von aller Kritik ausgeschlossen, das ist der Führer.

Das kommt daher, daß jeder fühlt und weiß: Er hatte immer recht, und er wird immer recht haben. In der kritiklosen Treue, in der Hingabe an den Führer, die nach dem Warum im Einzelfall nicht fragt, in der stillschweigenden Ausführung seiner Befehle liegt unser aller Nationalsozialismus verankert.

Wir glauben daran, daß der Führer einer höheren Berufung zur Gestaltung (des) deutschen Schicksals folgt. An diesem Glauben gibt es keine Kritik. ...<<

Der jüdische Arzt und Schriftsteller Martin Gumpert (1897-1955, emigriert 1936 in die USA) schreibt im Jahre 1934 über das zukünftige Schicksal der Deutschen (x149/75):

>>Euch fehlt die Phantasie ...

Daß man euch durch die Straßen jagen wird,

Daß man eure Schränke durchwühlen wird,

Daß man euer Telefon überwachen wird, ...

Daß man euch hinter Stacheldraht sperren wird,

Daß man euch ins Gesicht speien wird,

Daß man eure Bücher verbrennen wird ...<<

Otto Riethmüller (1889-1938, Beamter, Pastor und Liederdichter) verfaßt im Jahre 1934 den Text des Kirchenliedes " Du Schöpfer aller Wesen ..." (x198/568):

>>1. Du Schöpfer aller Wesen,

du Lenker aller Zeit,

die Woche, die gewesen,

kehrt heim zur Ewigkeit.

2. Lichthell den Tag du kleidest

mit sonnengoldner Pracht,

in Schlafes Garten weidest

du Leib und Seel' zur Nacht

3. und lösest müde Glieder,

den Geist von Gram und Plag,

und rüstetest beide wieder

zum Werk am neuen Tag.

4. Anbetend, Herr, wir singen

das Lied der Ewigkeit,

zu dir zurück wir bringen

die anvertraute Zeit.

5. Dir sind wir ganz verschrieben,

ein bleibend Eigentum.

Hilf, daß wir rein dich lieben,

rein künden deinen Ruhm.

6. Wenn jetzt es um uns dunkelt,

sei selber unser Licht,

und wenn das Irrlicht funkelt,
laß uns verirren nicht.

7. Die Schuld will uns vertreiben,
Herr Christ, vergib sie du.
Laß unsern Glauben bleiben
in deines Todes Ruh.

8. Laß unter Lebensbäumen
den Geist im Traum ergeh'n
und in den seel'gen Räumen
bei deiner Thronwacht steh'n.

9. Dein Kreuzeshand nun segne
die Schar, die kniet vor dir,
und jedem selbst begegne:
"Der Friede sei mit dir."<<

NS-Gleichschaltung im Jahre 1934

Ab 1934 bestimmten und kontrollierten die NS-Gau-, Kreis-, Ortsgruppen- und Blockleiter sowie NS-Blockwarte (ca. 15-20 Personen bildeten jeweils einen Block) das gesamte Leben der deutschen Volksgenossen. Der Blockleiter ("Hoheitsgebiet" ca. 160-240 Personen) führte z.B. Karteien über alle Bewohner, kassierte Parteimitgliedsbeiträge und war verpflichtet, alle "schädigenden Gerüchte" zu melden.

Mit Hilfe der politischen "NS-Hoheitsträger", die ihre Machtpositionen häufig schamlos ausnutzten, reichte der Einfluß des NS-Regimes bis in jede Familie. Das kirchliche Leben wurde zwar erheblich eingeengt, aber Gottesdienste und die meisten Seelsorger blieben zunächst noch unbehelligt.

Jeder Deutsche, der sich dem Willkürregime jedoch aktiv widersetzte, wurde sofort eingeschüchtert, verprügelt oder landete unverzüglich in den "Schutzhaftlagern" bzw. Konzentrationslagern. Die unorganisierte Machtlosigkeit der deutschen NS-Gegner hatte gegenüber der militärisch organisierten Gewalt des NS-Regimes naturgemäß keine Chance.

Ab 1934 wurden fast alle Deutschen allmählich planmäßig durch die zahlreichen NS-Organisationen "erfaßt", auch wenn sie keine Parteimitglieder waren. Es gab für die Deutschen praktisch kein Privatleben mehr. Jeder Sport-, Gesangs-, Kegel- und Schützenverein, Handwerks-, Angestellten- und Beamtenverbände sowie sonstige Gemeinschaften wurden von NS-Beauftragten überwacht und "gleichgeschaltet".

Wer im NS-Staat berufliche oder wirtschaftliche Erfolge erreichen wollte, wie z.B. Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes oder Handwerker und Unternehmer, die Staatsaufträge benötigten, mußte zwangsläufig NSDAP-Mitglied werden.

Man begrüßte sich auch nicht mehr, wie bisher mit "Guten Tag", sondern in den Schulen, Geschäften und Behörden mußte man ab 1934/35 grundsätzlich mit dem sogenannten "Deutschen Gruß" (heben des ausgestreckten rechten Armes und den Worten "Heil Hitler") grüßen. Der "Deutsche Gruß" wurde auch beim Schriftverkehr verlangt ("Mit Deutschem Gruß Heil Hitler"). Der persönliche "Deutsche Gruß" gegenüber Hitler lautete etwa seit 1935 "Heil, mein Führer".

Viele Deutsche, die sich weigerten, in eine der vielen NS-Organisationen einzutreten, mußten wenigstens als gutwillige Mitglieder der "Volksgemeinschaft" persönlich Spenden sammeln oder großzügige Spenden ("freiwilliger Zwang") leisten.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Nationalsozialistische

Volkswohlfahrt" (x051/411-412): >>Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV), abgeschlossener Verband der NSDAP (ab 29.3.35), entstanden aus sozialfürsorgerischen Initiativen der Partei im Vorfeld der Machtergreifung, etabliert mit Verfügung Hitlers vom 3.5.33, Sitz: Berlin.

Die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt war zuständig "für alle Fragen nationalsozialistischer Wohlfahrtspflege und Fürsorge" und wurde gelenkt vom Hauptamt für Volkswohlfahrt in der Reichsleitung der Partei, dessen Leiter Hilgenfeldt in Personalunion "Reichswalter" der NSV und Reichsbeauftragter für das Winterhilfswerk war. Regional gegliedert wie die Partei (Gau-, Kreis-, Ortsgruppenverwaltungen, Zellen und Blocks) und fachlich aufgeteilt in sechs Ämter (Organisation, Finanzverwaltung, Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe, Volksgesundheit, Propaganda, Schulung), betreute die NSV "bedürftige Volksgenossen", sofern sie politisch, rassistisch und erbbiologisch "würdig" waren, parallel zu den staatlichen Wohlfahrtseinrichtungen.

Die Hilfe sollte dabei immer als "Erziehung zur Selbsthilfe" gedacht sein und sich nicht an der Not des Einzelnen orientieren, sondern einen "möglichst hohen Leistungsstand des deutschen Volkes" sichern helfen. "Hoffnungslose Fälle" wie Alkoholiker und entlassene Sträflinge waren daher Stiefkinder der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, die letztlich im Dienst des nationalsozialistischen Imperialismus stand: "Wir müssen ein gesundes Volk besitzen, um uns in der Welt durchsetzen zu können" (Goebbels auf dem Reichsparteitag September 38).

Innenpolitisch war die NSV ein Instrument der Sozialpolitik und trug mit ihren zahlreichen Hilfseinrichtungen wesentlich zur propagandistischen Selbstdarstellung des Nationalsozialismus als "Sozialismus der Tat" bei, diente der Gleichschaltung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege (Caritas, Innere Mission, DRK u.a.) im März 34 in einer von der NSV geführten Reichsgemeinschaft und zur Verzahnung von Partei und Staat auch auf sozialpolitischem Sektor: Im April 41 zog die NSV staatliche Kompetenzen der Kinder- und Jugendbetreuung an sich und am 22.8.44 verfügte Hitler schließlich pauschal, die NSV sei "Träger und Repräsentant der Volkspflege". Personell waren ohnehin auf allen Ebenen Positionen im staatlichen Fürsorgebereich und in der NSV oft in einer Hand.

Die Leistungen der NSV wurden v.a. durch die halbfreiwilligen Beiträge der elf Millionen Mitglieder (1938) und Einkünfte aus dem Winterhilfswerk finanziert und durch die ehrenamtliche Tätigkeit von fast einer Million Mitarbeitern ermöglicht. Im Vordergrund standen Gesundheitspflege und -beratung u.a. durch das Hilfswerk Mutter und Kind, Kuren, Tuberkulosebekämpfung, zahnmedizinische Reihenuntersuchungen u.a., während die oft betonte Behindertenfürsorge in engen Grenzen blieb.

Darüber hinaus gab es zur Verdrängung der kirchlichen Bahnhofsmision den NSV-Bahnhofsdienst; ein "Hilfswerk für die deutsche bildende Kunst" sollte notleidende Künstler fördern, die den nationalsozialistischen Anforderungen entsprachen; das Ernährungshilfswerk unterstützte die Autarkiebestrebungen.

Alle Leistungen und Programme der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt wurden propagandistisch flankiert und mit weltanschaulicher Indoktrination verbunden. Die ambulanten Beratungen wurden durch rassenhgienische Belehrungen ergänzt, "Mütterfreizeiten" zu politischen Unterweisungen genutzt nach dem Grundsatz der NSV, daß neben der sozialen Hilfe die "noch höher zu bewertende politische Leistung" stehen müsse.<<

Mit der Parole "Gemeinnutz geht vor Eigennutz" verkündete die NSDAP den sogenannten "Eintopfsonntag" zu Gunsten des Winterhilfswerks (WHW). Das Winterhilfswerk wurde bereits im Krisenwinter 1931/32 zur Unterstützung von Bedürftigen und Erwerbslosen gegründet. Alle deutschen "Volksgenossen" konnten am monatlichen "Eintopfsonntag" für 50 Reichspfennig an dem öffentlichen Eintopfessen teilnehmen.

Im Jahre 1933/34 sammelten bereits über 1,5 Millionen freiwillige Sammler der NS-

Volkswohlfahrt (NSV) und andere NS-Organisationen für das WHW. Mehr als 16,5 Millionen Menschen, hauptsächlich Arbeitslose und Rentner, wurden damals mit den Geld- und Sachspenden unterstützt.

Alle Volksgenossen, die der NSDAP im Dezember 1934 erlaubten, "feste Spenden" abzugeben, erhielten eine viereckige Haustürplakette mit der Inschrift: "Dem Führer bring' ich als Weihnachtsgabe ein Opfer für des Volkes Not!"

Da das NS-Regime ständig dringend Geld für die Aufrüstung benötigte, erklärte man das Sammeln zum "Dienst am Volk". Das NS-Jungvolk, HJ, SA, und andere NS-Organisationen wurden bei jeder Gelegenheit mit künstlichen Edelweißblüten, Heimaterde aus dem Memelland, Oberschlesien und anderen besetzten Gebieten sowie Sammelbüchsen zum "Betteln" auf die Straße und in die Häuser der Volksgenossen geschickt.

Die Berliner lästerten damals über die "NS-Sammelwut" bzw. aufdringliche "Bettelei": "Keiner darf hungern - ohne zu frieren!"

Von 1933/34 bis 1938/39 spendeten die deutschen Volksgenossen rd. 2,5 Milliarden Reichsmark (RM) für das WHW. Ab 1940 entwickelte sich die WHW-Spende zu einer indirekten "Sondersteuer". In zahlreichen Behörden und Betrieben wurde die sogenannte "freiwillige" WHW-Spende kurzerhand eigenmächtig vom Lohn oder Gehalt abgezogen. Ein großer Teil der Spenden traf nie bei den staatlichen Fürsorgebehörden ein, sondern wurde direkt an die NS-Rüstungswirtschaft weitergeleitet.

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über das "Winterhilfswerk" (x051/647-648): >>Winterhilfswerk (WHW), im Krisenwinter 1931/32 entstandene Organisation zur Unterstützung von Erwerbslosen und Bedürftigen mit Geld, Lebensmitteln, Speisen, Kleidung und Feuerung.

Getragen wurde das WHW im Zeichen der Weltwirtschaftskrise gemeinsam von privaten Wohlfahrtsverbänden, u.a. DRK, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsch-Israelitische Gemeinde, Arbeiterwohlfahrt, Innere Mission und Caritas, und staatlichen Fürsorgebehörden; die NSDAP organisierte schon vor 1933 konkurrierende Winterhilfsmaßnahmen.

Mit Aufrufen von Hitler und Goebbels wurde am 13.9.33 das erste nationalsozialistische WHW 1933/34 eingeleitet.

Obwohl offiziell als breit angelegte Organisation aller wohlfahrtspflegerischen Kräfte proklamiert, unterstand das WHW faktisch der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) als dem mit einem Sammlungsmonopol ausgestatteten führenden Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege; die noch nicht gleichgeschalteten Organisationen wie die Innere Mission, die Caritas und das DRK spielten dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Die enge Anbindung des - 1936 mit eigener Rechtsfähigkeit ausgestatteten - WHW an die NSV zeigte sich auch in seiner hierarchischen Parallelgliederung (Gau, Kreis, Bezirksstelle) und in der Personalunion auf den jeweiligen parallelen Amtsebenen.

Die Aktivitäten des WHW waren vielfältig: Straßen- und Haussammlungen für Geld und Kleidung, monatlicher Eintopfsonntag, Lohn- und Gehaltsabzüge mit Zwangscharakter, Sammelbüchsen für einen "Winterpfennig" in Geschäften, Reichswinterhilfslotterie; Spendenaufkommen 1933/34-38/39: 2,5 Milliarden RM.

Die Zuweisung der Unterstützung wurde in Zusammenarbeit mit den staatlichen Fürsorgebehörden über die Bezirksstellen abgewickelt. Der ursprünglich sehr weitgespannte Kreis der Spendenempfänger wurde bald auf politisch, rassistisch und erbbiologisch "würdige Personen" eingegrenzt.

Das WHW war als Kernbestandteil nationalsozialistischer Sozialpolitik unter verschiedenen Aspekten auf die innere Stabilisierung des Regimes und seine totalitäre Durchsetzung ausgerichtet:

Es diente der Behebung der materiellen Not als vorrangiges Prestigeziel der Machthaber, der

Mobilisierung und totalen, engmaschigen Erfassung der Menschen bis in die Privatsphäre der Wohnung hinein, der Stimulierung einer natürlichen Aufbruchstimmung, der Gleichschaltung und Selbstanpassung der freien Fürsorgeverbände, der propagandistischen Selbstdarstellung des für das WHW verantwortlichen Propagandaministeriums mit Hilfe von Film-, Zeitungs-, Plakat- und Rundfunkwerbung, dem Appell an "Volksgemeinschaft", "nationale Solidarität", "Opferbereitschaft" und der Dokumentation eines gruppen- und klassenübergreifenden "Tatsozialismus" (K. Kaufmann).

Die Selektion von "Asozialen" und "rassisch und erbbiologisch Minderwertigen" und die Bekämpfung des "Bettelunwesens" machten das WHW aber auch zu einem Mittel der politisch-ideologischen Unterdrückung. Dauernde Belästigungen in der privaten und beruflichen Sphäre durch Spendenaufforderungen und die durch sie bedingten finanziellen Belastungen v.a. für untere Gehaltsgruppen führten zunehmend zu Überdruß und einer Abnahme der "freiwilligen" Spendenbereitschaft.

Zahllose Beispiele für Macht- und Kompetenzstreitigkeiten sowie Doppelbetreuung zwischen NSV/WHW und staatlichen Behörden deuten auf einen grundlegenden und bis zuletzt nicht ausgetragenen Strukturdefekt des Dritten Reiches, den Dualismus zwischen Partei und Staat (Doppelstaat).<<

Emigration oder Widerstand

Nachdem die NSDAP alle wesentlichen Machtpositionen innerhalb des Deutschen Reiches besetzt hatte, kontrollierte das NS-Regime planmäßig und konsequent fast sämtliche Lebensbereiche. Der SS-Staat war militärisch strukturiert und gewährleistete eine totale Überwachung des gesamten Landes. Das NS-Regime unterdrückte jeden Einwand, jegliche Kritik und jede aktive oder passive Opposition mit den härtesten Strafen. Jeder Auflehnsversuch wurde sofort mit drakonischen Strafen geahndet.

Während der gnadenlosen Hetzjagd nach politischen Feinden schlugen die allgegenwärtigen SS-Angehörigen schnell und erbarmungslos zu. Das NS-Regime führte gegen die sogenannten "Staatsfeinde" (Sozialdemokraten, Kommunisten, Konservative und andere) systematische Verfolgungen ("Nacht- und Nebelaktionen") durch, die oft vor der deutschen Bevölkerung verheimlicht werden konnten. Im Verlauf dieser großangelegten "Säuberungsaktionen" nahm man Tausende von "Verdächtigen" fest und inhaftierte sie.

Obwohl die NS-Diktatur in kurzer Zeit einen totalitären Polizeiapparat errichtet hatte, formierte sich ebenso rasch eine demokratische Widerstandsbewegung. Trotz der allgegenwärtigen Gestapo und des tödlichen Terrors nahm diese Widerstandsbewegung den ungleichen und selbstmörderischen Kampf um Freiheit und Menschenwürde des deutschen Volkes auf.

Tausende von Widerstandskämpfern aus allen Gesellschaftsschichten des deutschen Volkes (Politiker, Diplomaten, Geistliche, Gewerkschaftler, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Angehörige der freien Berufe, Studenten und Offiziere) sahen damals nicht tatenlos zu, wie die NS-Terroristen die Freiheit und das Recht mit Füßen traten und verhöhnten.

Die meisten deutschen Widerstandskämpfer stellten Adel und politische Gesellschaftskreise, aber auch viele evangelische und katholische Geistliche zählten zu den Gegnern des NS-Regimes. Zu den aktiven demokratischen Widerstandsgruppen gehörten z.B. Goerdeler Kreis, Freiburger Kreis, Kreisauer Kreis, Solf-Kreis und Weiße Rose.

In jener Zeit gab es natürlich auch viele Deutsche, die sich sofort in das sichere Ausland absetzten, um dort den "Widerstand" fortzusetzen, denn nach Hitlers Machtübernahme quälte man Tausende von aufrechten deutschen Frauen und Männern in den Gefängnissen und Lagern regelrecht zu Tode.

Der deutsche Historiker Heinrich Walle berichtet später über die großen Gefahren von Widerstandsaktionen während des NS-Terrors (x301/86): >> Angesichts der Tatsache, daß jeder, der sich nicht vollkommen mit den Zielen der NS-Herrschaft identifizierte, als außerhalb der

Volksgemeinschaft stehend betrachtet wurde und der allgemeinen Ächtung und Verfolgung verfiel, war bereits ein geistiges Abweichen von dem in einer allgegenwärtigen Propaganda vorgezeichneten Wege ein Schritt in die Isolation.

Bereits ein Verweigern oder Abseitsstehen wurde von den braunen Nachbarn als aktive Gegnerschaft angesehen und verfolgt. Eine Mitwisserschaft von möglichen Aktionen gegen das System oder auch nur von kritischen Äußerungen anderer konnte, wenn sie nicht sofort "angezeigt" wurden, tödlich sein. ...<<

Nur sehr wenige ehemalige demokratische Politiker der Weimarer Republik, wie Theodor Haubach, Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Carlo Mierendorff, Adolf Reichwein, Kurt Schumacher und andere, leisteten damals im Inland aktiven Widerstand.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Theodor Haubach (x051/240):
>>Haubach, Theodor, geboren in Darmstadt 15.9.1896, gestorben in Berlin 23.1.1945 (hingerichtet), deutscher Widerstandskämpfer; Offizier im 1. Weltkrieg; Philosophiestudium; Sozialdemokrat, 1923 in die Leitung des Hamburger Reichsbanners; Redakteur beim "Hamburger Echo"; 1930 Pressechef im Berliner Polizeipräsidium.

1933 verlor Haubach seinen Posten, mußte sich als Versicherungsagent durchbringen und wurde mehrfach inhaftiert, u.a. zwei Jahre lang im KZ Esterwegen. 1943 fand er zum Kreisauer Kreis und arbeitete eng zusammen mit seinen alten politischen Freunden Mierendorff, Leber und Leuschner.

Die Gestapo nahm Haubach nach dem mißlungenen Attentat vom 20.7.44 am 8.8. fest. Über das Todesurteil schrieb er: Es kann "zwar die Person des Widerstandes, aber nicht die Gesinnung des Widerstandes" vernichten.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Julius Leber (x051/347):
>>Leber, Julius, geboren in Bliesheim (Elsaß) 16.11.1891, gestorben in Berlin-Plötzensee 5.1.1945 (hingerichtet), deutscher Politiker; Volkswirt und Historiker; 1913 SPD-Mitglied; Kriegsfreiwilliger; 1920 an der Niederschlagung des Kapp-Putsches beteiligt; Redakteur des "Lübecker Volksboten"; 1921-33 Mitglied der Lübecker Bürgerschaft und 1924-33 zugleich Mitglied des Reichstages.

Leber wurde Wehrexperte seiner Partei, was ihn nach Anfängen auf dem linken Flügel allmählich nach rechts ins reformerische Lager führte. Vielleicht machte ihn das 1933 anfällig für die nationalen Töne der neuen Regierung, die den starken Staat versprach, den Leber erhoffte und für unausweichlich hielt. Seiner eigenen Partei attestierte er angesichts der nationalsozialistischen Herausforderung "Tatlähmung".

Gleich nach der Machtergreifung verhaftet, suchte er noch im Gefängnis der Entwicklung Positives abzugewinnen, verließ aber nach vier Jahren Haft das KZ Oranienburg als unversöhnlicher Feind des Nationalsozialismus. Leber lebte danach als Kohlenhändler in Berlin und wurde eine der führenden Figuren im Widerstand, den er auf eine breite demokratische Grundlage zu stellen suchte.

Als Innenminister einer künftigen Regierung Goerdeler vorgesehen, nahm er am 4.7.44 Kontakt zu kommunistischen Widerstandskämpfern auf, wurde aber dabei Opfer eines Gestapo-Spitzels. Lebers Verhaftung am nächsten Tag veranlaßte Stauffenberg, seinen Attentatsplan zu forcieren, nach dessen Scheitern Leber im Oktober 44 vom Volksgerichtshof zum Tod verurteilt wurde.

"Für eine so gute und gerechte Sache ist der Einsatz des eigenen Lebens der angemessene Preis", schrieb er kurz vor der Hinrichtung. 1952 erschienen seine Reden, Schriften und Briefe: "Ein Mann geht seinen Weg".<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Wilhelm Leuschner (x051/352): >>Leuschner, Wilhelm, geboren in Bayreuth 15.6.1890, gestorben in Berlin 29.9.1944 (hingerichtet), deutscher Politiker; Holzbildhauer, früher SPD-Beitritt, 1924 bis 33 hessischer

Landtagsabgeordneter, 1928-32 hessischer Innenminister, 1932 Stellvertreter Leiparts als ADGB-Vorsitzender.

Leuschner wurde bei der nationalsozialistischen Gewaltaktion gegen die Gewerkschaften am 2.5.33 verhaftet und von Ley gezwungen, auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf für das Deutsche Reich und die DAF aufzutreten. Er vereitelte aber durch demonstratives Schweigen den Plan Leys, die nationalsozialistische Arbeitsorganisation international hoffähig zu machen, und mußte dies zwei Jahre im KZ Lichtenburg büßen.

Als Inhaber einer kleinen Firma organisierte Leuschner danach auf unverdächtigen Geschäftsreisen den gewerkschaftlichen Widerstand, knüpfte Verbindungen zur militärischen Opposition um L. Beck und zu Goerdeler, in dessen Schattenkabinett er als Vizekanzler vorgesehen war. Nach dem Fehlschlag des Attentats auf Hitler am 20.7.44 konnte er sich der Verhaftung entziehen, stellte sich aber am 16.8., weil seine Frau als Geisel inhaftiert worden war.

Mehrfach gefoltert, wurde Leuschner am 9.9.44 vom Volksgerichtshof zum Tod verurteilt.<< Mathias Forster schreibt später über Kurt Schumacher (x051/525): >>Schumacher, Kurt, geboren in Kulm 13.10.1895, gestorben in Bonn 20.8.1952, deutscher Politiker; 1918 Mitglied des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats, 1924 Mitbegründer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, 1924-31 Landtagsabgeordneter in Württemberg.

Schumacher zog 1931 in den Reichstag ein, wo er sich als kämpferischer und scharfsinniger Redner profilierte, insbesondere im Schlagabtausch mit der nationalsozialistischen Fraktion. Sein unvergeßliches Wort von der nationalsozialistischen Agitation als einem "dauernden Appell an den inneren Schweinehund im Menschen" (Februar 32) trug ihm zehn Jahre KZ-Haft ein: Nach seiner Verhaftung am 6.7.33 kam Schumacher u.a. in die KZ Dachau und Flossenbürg, wo er Folterungen und Dunkelhaft ausgesetzt war, bis er im März 43 schwer krank entlassen wurde.

Nach Kriegsende organisierte Schumacher von Hannover aus den Wiederaufbau der SPD, wandte sich entschieden gegen eine Vereinigung mit der KPD und setzte sich als Parteivorsitzender (ab 1946), Mitglied des Parlamentarischen Rats und Oppositionsführer im Bundestag energisch für die Demokratisierung und Wiedervereinigung Deutschlands ein, die er mit Adenauers Politik der Westintegration für unvereinbar hielt.<<

Da es während der NS-Diktatur keinen ungefährlichen Widerstand gab, sondern höchstens nur Märtyrertum und Todesgefahr, entschlossen sich die meisten prominenten Politiker, Literaten und Akademiker zur Emigration.

Der Sozialdemokrat Friedrich Stampfer (1874-1957, Journalist und Politiker, 1900-02 Redakteur der Leipziger Volkszeitung, 1916-33 Chefredakteur des "Vorwärts", 1920-33 sozialdemokratischer Abgeordneter und Mitglied des Deutschen Reichstages) fordert damals alle Deutschen zum Widerstand gegen das NS-Regime auf (x149/105): >>Wer da zusieht, wie Deutschland dem Abgrund zugeführt wird und sich nicht auflehnt, der begeht wirklichen Landesverrat. ...<<

Friedrich Stampfer brachte sich jedoch selbst rechtzeitig in Sicherheit. Er emigrierte bereits 1933 nach Prag, floh 1939 nach Frankreich und 1940 nach Nordamerika.

In den Jahren 1933 bis 1935 flohen etwa 6.000-8.000 Kommunisten, 5.000-6.000 Sozialdemokraten, 2.000 Pazifisten und Demokraten und 2.000 Personen unterschiedlicher politischer Richtungen aus dem Deutschen Reich (x149/81).

Diese angeblichen "Widerstandskämpfer", wie z.B. Willy Brandt (eigentlich Herbert Frahm; emigriert im April 1933 nach Dänemark und später nach Norwegen), Herbert Wehner (flieht 1935 nach Schweden und später nach Moskau) und Walter Ulbricht (1893-1973, emigriert ebenfalls schon 1933 und trifft 1938 in Moskau ein), sowie viele andere Emigranten waren damals nicht bereit, ihre Ehre, Gesundheit oder ihr Leben für den Freiheitskampf der Deutschen zu gefährden bzw. zu opfern.

Andere deutsche Emigranten, wie die einflußreichen Politiker Heinrich Brüning (1885-1970), Otto Braun (1872-1955) und Hermann Rauschning (1887-1982), spielten später im Ausland keine Rolle und konnten politisch fast nichts ausrichten. Alle Versuche, im Ausland (in Nordamerika und England) ein deutsches Nationalkomitee zu gründen, scheiterten an der strikten Ablehnung der jeweiligen Regierungen.

Der Diplomat Bernardo Attolico (1880-1942, italienische Botschafter in Berlin) meint später gegenüber dem schweizerischen Geschichtsprofessor Carl J. Burckhardt (x025/150): >>... Das Leichteste ist emigrieren und protestieren, aber auch Aufstände anzetteln, Komplotte schmieden braucht weniger Kraft als der harten Wirklichkeit Tag für Tag das Mögliche abzurufen, ohne Pathos, immer wieder geschlagen, immer wieder beginnend, Dinge scheinbar sanktionierend, die man verabscheut, zäh und ohne jeden Eigennutz, klug, mit beständiger äußerster Aufmerksamkeit und Anspannung.<<

Der deutsche Historiker Sebastian Haffner schreibt später über die "Emigration" der Deutschen (x051/147-148): >>Die deutsche Emigration 1933-45 war keine Kollektivbewegung, sie brachte es nicht zu einer Organisation, und sie hat politisch nichts ausgerichtet. Der Unterschied etwa zu den österreichischen und tschechischen Emigranten von 1938/39 – zu schweigen von dem Londoner "Freien Frankreich" de Gaulles – fällt ins Auge. ...

Auch unter den deutschen Emigranten gab es einige einst prominente Politiker – Brüning, Braun, Rauschning -, aber sie haben im Ausland keine Rolle mehr gespielt und gelegentliche Versuche, in England oder Amerika so etwas wie ein deutsches Nationalkomitee zu gründen, sind stets im Ansatz steckengeblieben.

Sie scheiterten nicht erst an der wenig ermutigenden Haltung der englischen und amerikanischen Regierung. Schon die deutsche Emigration selbst – immerhin von Anfang an einige zehntausend, zum Schluß mehrere hunderttausend Menschen umfassend – war zu diffus, politisch zu gespalten und in ihrer großen Masse zu unpolitisch. Zugespitzt könnte man sagen: Es gab keine deutsche Emigration; es gab nur deutsche Emigranten. ...

Sehr möglich, daß der Wettlauf um die Atombombe durch die deutsche Emigration entschieden worden ist – durch den Zuwachs an wissenschaftlicher Kapazität, den sie Amerika und England, den Verlust, den sie für Deutschland bedeutete. Das war freilich zu der Zeit, als die zehn oder zwanzig Wissenschaftler der Extraklasse, von denen dieser weltgeschichtliche Effekt abhing, Deutschland verließen, nicht vorauszusehen, auch von ihnen selbst nicht.

Man muß zwischen Wirkungen und Motiven unterscheiden. Auch war die wissenschaftliche Prominenz der Zahl nach in der Emigration weit schwächer vertreten als etwa die literarische. Die deutsche Wissenschaft erlitt durch die Emigration lediglich einen Aderlaß; die deutsche Literatur jedoch blutete aus.

Auch auf den Nachbargebieten wie Journalismus, Theater und Film waren die Verluste enorm. Und auf dem Feld des akademischen Humanismus sind in den 30er Jahren Denkschulen von Deutschland nach Amerika verpflanzt worden, die Frankfurter Schule der Soziologie zum Beispiel, oder die Psychoanalyse. Das alles, hat Geschichte gemacht; aber Geistesgeschichte, nicht politische.

Emigration war in jedem Fall ein einsamer individueller Entschluß; und dieser Entschluß trug fast immer ein Doppelgesicht: Er bedeutete Flucht und Protest. ... Flucht war in dieser Frühzeit weit öfter das Emigrationsmotiv von Politikern, die in vielen Fällen auch allen Grund hatten zu fliehen. Brüning und Treviranus etwa standen auf der Abschußliste des 30. Juni 1934 (Röhm-Affäre) und wären unfehlbar ermordet worden, wenn sie sich nicht in letzter Stunde in Sicherheit gebracht hätten. Hätten sie bleiben sollen?

Die Frage ist nach 1945 oft in vorwurfsvollem Ton gestellt worden, gerade im Fall der Politiker, aber auch in dem der literarischen und akademischen Prominenz, die einen so großen Anteil an der Frühemigration hatte. Wenn die Besten weggingen, so hat man gefragt, was konnte

man vom Durchschnittsmenschen noch erwarten? War Emigration Desertion?

Die Gegenfrage erledigt solche Vorwürfe: Was hätten sie denn in Deutschland tun sollen?

Mit ihrer Emigration setzten sie immerhin ein Zeichen. In Deutschland hätten sie kein Zeichen mehr setzen können. Es gab hier keine Möglichkeit politischer Opposition, es gab nicht einmal mehr das öffentliche freie Wort. Die Alternative hieß nach März 33 nicht mehr Weggehen oder Mitmachen. Denn selbst wer sich zu entziehen suchte, wer in die innere Emigration ging, verstummte und sich in einen harmlosen Brotberuf verkroch, konnte sich auf die Dauer nicht verhehlen, daß er, wie widerwillig und wie indirekt auch immer, mitmachte. Alles, auch das Harmloseste, diente letztlich dem Regime, das sich ganz Deutschlands bis in den letzten Winkel bemächtigt hatte.

Nur eine Alternative gab es noch: Märtyrertum. Aber es war Märtyrertum unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Märtyrer Ossietzky z.B. oder die Geschwister Scholl – haben damals innerhalb Deutschlands wenig bewegt. Die Emigranten dagegen hat man wenigstens nicht totschweigen können – zum mindesten die prominenten Emigranten nicht. ...<<

Ab 1937 verstärkte das NS-Terrorssystem die Verfolgung der "Staatsfeinde". Verhaftungen und Hinrichtungen schwächten die deutschen Widerstandsgruppen immer mehr. Im NS-Staat waren falsche Beschuldigungen, üble Nachrede und Verleumdungen an der Tagesordnung. Überall trieben Spitzel und sogenannte "Vertrauensmänner" ihr Unwesen. Sie kontrollierten und überwachten Tag und Nacht verdächtige Personen. Seit 1942 wurden alle Häftlinge, die länger als 6 Jahre in Gefängnissen oder Zuchthäusern saßen, in die Konzentrationslager "verlagert". Allein von April bis Juni 1944 ließ der NS-Justizminister 20.748 Deutsche aus politischen Gründen verhaften (x023/446).

Obleich die deutschen Widerstandsbewegungen völlig allein gegen das hoffnungslos überlegene NS-System kämpfen mußten, gaben die entschlossenen Widerstandskämpfer den Freiheitskampf niemals auf. Trotz der großen Gefahr verübten deutsche Widerstandskämpfer seit 1933 fast 4 Dutzend Anschläge auf Hitler, die jedoch vielfach durch seltsame Ereignisse oder äußerst unglückliche Umstände scheiterten (x023/335).

Der israelische Historiker Saul Friedländer berichtet später über die totalitäre Macht und den totalitären Terror der NS-Diktatur (x036/25-26): >>... (Es ist) der Wille zur totalen Beherrschung von Individuen und Gruppen, der das totalitäre System antreibt, seine Opfer zu unterdrücken und sie entsprechend auszuwählen. Wenn die Kontrolle es erfordert, entscheidet man sich ohne Unterschied für die Vernichtung dieser oder jener Gruppe. Der zu vernichtende Feind wird zu einem funktionalen Element im System totaler Herrschaft. Um eine ganze Bevölkerung zu terrorisieren oder ihre Kräfte zu sammeln, kann mehr oder weniger willkürlich erst eine Gruppe und dann eine andere herausgegriffen werden.

Die Bürokratie ist das wirkungsvollste Element totalitärer Macht und totalitären Terrors. Sie besitzt jene niedrigen Diener, deren einziger Ehrgeiz es ist, ihre Aufgabe so wirkungsvoll wie möglich zu erfüllen. Und sie kann, einmal in Gang gesetzt, von den einfachsten erkennungsdienstlichsten Maßnahmen bis zur totalen Vernichtung führen. ...<<

Der deutsche Historiker Bodo Scheurig schreibt später über den deutschen Widerstand nach Hitlers Machtübernahme (x245/483-484): >>... Nehmen wir die Generale, bei denen man sich beinahe an jeden halten könnte: sie hatten in der Weimarer Republik, die auf die Reichswehr ohne Vertrauen herabsah, keine Heimstatt finden können.

Sie hatte die Ohnmacht jenes 100.000-Mann-Heeres erbittert, das nicht einmal den Armeen Polens und der Tschechoslowakei gewachsen gewesen wäre. Hitler versprach ihnen nur eine Wiederaufrüstung, welche die Wehrmacht befähigen sollte, das Reich zu verteidigen; er wollte auch für ein besseres Ansehen der Soldaten bürgen. All das entschied nicht zuletzt über die Haltung der jungen Offiziere. Man lese Briefe Stieffs, und man wird einen Geist gewahren, der geradezu prädestiniert war, Hitler und seinen Zielen anheimzufallen. Dies galt auch für

den Stauffenberg des Jahres 1933.

Wir mögen diese Tatsachen beklagen. Wir mögen jene, die Hitler nicht durchschauten, heute kurzfristig nennen. Wahrheit bleibt, daß er sich zunächst auf die Männer stützen konnte, die ihn am 20. Juli 1944 auf Leben oder Tod bekämpfen sollten.

Selbst die Kirchen haben dem Nationalsozialismus anfangs Kredite nicht versagt. Wohl suchte der Papst die Rechte seiner Kirche durch ein Konkordat zu sichern, nach dessen Abschluß Hitler gleichsam hoffähig geworden war. Doch in dem Willen, eine nationale Gesinnung – auch im Geiste der nationalsozialistischen "Bewegung" – zu bezeugen, wollte keine der Konfessionen zurückstehen.

Nicht einmal die politische Linke leistete nachdrücklichen Widerstand. Gewiß Leber und Mierendorff litten seit 1933 in Gefängnissen und Konzentrationslagern, ohne ihre feste Gesinnung und Haltung preiszugeben. Aber selbst wer Wels' tapfere Absage an das Ermächtigungsgesetz anerkennt, muß einräumen, daß die bereits angeschlagene oder unterdrückte Linke zum Rückzug entschlossen war.

Vollends verfielen viele Konservative Hitler und seiner Macht. Versprach er doch lautstark und beredt, nicht wenige ihrer Wünsche zu erfüllen. Somit mußte der Nationalsozialismus zunächst jene lähmen, die eine nationale Wiedergeburt ihres Vaterlandes ersehnten. Es bleibt ein Verdienst der jüngsten Forschung, eindeutig herausgearbeitet zu haben, daß die konservativnationalen Honoratioren manchen von Hitlers Zielen und Erfolgen zustimmen mußten. Wie er, so wünschten sie die Folgen des Ersten Weltkrieges zu überwinden. Wie er, so zielten sie auf ein machtvolleres Reich. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die deutsche Widerstandsbewegung (x063/580): >>Man kann zusammenfassen, daß Deutschland das erste von Nationalsozialisten besetzte Land war. Die Allmacht der Geheimen Staatspolizei, der SA und SS schützte sie gegen jeden Auflehnungsversuch. Um so bemerkenswerter ist es, daß es von Anfang an trotz eines bis dahin in Europa nicht dagewesenen Terrors eine Widerstandsbewegung gab, die um des wahren Deutschlands, um der Freiheit und Menschenwürde willen Verfolgung, Folter und Tod auf sich nahm. ...<<

Der deutsche Historiker Dieter Langewiesche schreibt später über den deutschen "Widerstand" gegen das NS-Regime (x051/640-643): >>Widerstand gegen den Nationalsozialismus umfaßte ein weites Spektrum von Anlässen, Formen und Zielen.

Widerstand konnte aus bewußtem Entschluß, aber auch wider Willen entstehen, wenn einzelne oder Gruppen sich der verordneten "Volksgemeinschaft" entzogen. Da das nationalsozialistische Regime Opposition gegen Teilbereiche der Herrschaft ebenso wenig dulden wollte wie den Rückzug in partei- oder staatsfreie Lebensbereiche, wandelten sich mit der Verfestigung und Radikalisierung der nationalsozialistischen Herrschaft die Anlässe für Konflikte, die das Regime als Widerstand wertete.

Widerstand in dieser von den Nationalsozialisten erzwungenen weiten Definition, die auch Menschen erfaßte, die ihr Handeln selbst nicht als Widerstand begriffen, reichte von bloßen Unmutsäußerungen, die gleichwohl hart bestraft wurden, über gesellschaftliche Verweigerung und Kritik an Teilbereichen nationalsozialistischer Politik bis zum politischen Kampf, der auf den Sturz des Regimes zielte. Welche Form der Resistenz zwischen Nonkonformismus und aktivem Widerstand dem einzelnen möglich war, hing nicht nur vom individuellen Entschluß ab.

Es war von zentraler Bedeutung für die Möglichkeit zur Resistenz und für die Form, die diese annahm, ob man einer Gruppierung angehörte, die sich als Institution behaupten konnte. Wer als Offizier oder Beamter beruflich zum Herrschaftsapparat gehörte, konnte andere Oppositionsformen entwickeln als derjenige, der den Machtzentren fern stand.

Katholiken oder Protestanten konnten sich in ihre kirchlichen Organisationen zurückziehen

und dort etwa durch Teilnahme an Prozessionen oder durch besonders regen Kirchenbesuch eine Form der Verweigerung üben, die von den Machthabern auch dann als Opposition gewertet wurde, wenn sie sich nicht gegen das Regime insgesamt, sondern gegen dessen antikirchliche Politik richtete. Kommunisten, Sozialisten und Gewerkschaftler praktizierten zwangsläufig andere Widerstandsformen, da ihre Organisationen zerschlagen wurden und sie deshalb in der Illegalität wirken mußten.

Wer nicht in institutionellen Schutzräumen wie Militär und Kirchen lebte oder sich nicht wenigstens in der informellen Gesinnungsgemeinschaft behaupten konnte, war in besonderem Maße dem Zugriff des Regimes ausgesetzt.

Das gilt für die Juden, die Ernsten Bibelforscher und für die nationalsozialistischen Feindgruppe der sogenannten Asozialen, deren Kreis vom Regime immer weiter gezogen und dem terroristischen Zugriff der Staatsmacht ausgesetzt wurde: Sinti und Roma ("Zigeuner"), Homosexuelle oder sogenannte Arbeitsscheue. Diese Gruppen standen auch den Gegnern des Nationalsozialismus so fern, daß sie nur in Ausnahmefällen auf Solidarität rechnen konnten. Die Regel hieß hier nicht Hilfe, sondern Gleichgültigkeit, so daß staatlicher Terror im Unterschied zur Euthanasie keinen Widerstand hervorrief.

Wie die Geschichte der Machtetablierung des Nationalsozialismus nicht zuletzt die Geschichte seiner Unterschätzung war, so bestimmte diese Fehleinschätzung zunächst auch die Haltung fast aller Gruppen, aus denen während der nationalsozialistischen Herrschaft Widerstand hervorging. Die Rücknahme oder zumindest Teilkorrektur der ursprünglichen Fehleinschätzung hat viel mit der Entstehung und dem Wandel von Widerstand und Widerstandsformen in der deutschen Gesellschaft nach 1933 zu tun.

Die KPD-Führung, die die nationalsozialistische Herrschaft zunächst völlig unreal als Etappe auf dem Weg zur proletarischen Revolution einschätzte, setzte anfangs in der Illegalität die alte Politik der massenhaften Agitation in der Öffentlichkeit fort. Das führte dazu, daß die Kommunisten zwar den frühesten und umfangreichsten Widerstand leisteten, aber enorme Verluste erlitten.

Von den ca. 300.000 Mitgliedern des Jahres 1932 sollen bis 1945 ca. 150.000 verhaftet worden sein. Erst 1935 begann ein realistischerer Kurs. Man ging nun von der Konsolidierung des Regimes aus. Neue Organisationsstrukturen für die deutschen Widerstandsgruppen und die KPD-Exilleitung sollten den kommunistischen Widerstand besser an die Bedingungen der nationalsozialistischen Herrschaft anpassen. Diese Form der Distanz zu allen Leitbildern verringerte die Risiken, aber auch die Möglichkeiten zum agitatorischen Widerstand.

Der Überfall Hitler-Deutschlands auf die UdSSR stimulierte erneut den kommunistischen Widerstand. Es entstanden mehrere große Widerstandszirkel, die unabhängig von der Exilpartei arbeiteten. Viele ihrer Mitglieder bezahlten ihren Widerstand mit dem Leben. Umstritten war lange die Einschätzung der Schulze-Boysen/Harnack-Gruppe (Rote Kapelle), die Widerstand mit Spionage für die Sowjetunion verband. In der neueren Literatur wird aber anerkannt, daß "Landesverrat" auch eine Form des Widerstands gegen ein totalitäres Regime sein kann. Das galt für den kommunistischen Widerstand ebenso wie für den militärischen (Oster).

Auch Sozialdemokraten und die Gewerkschaftler schätzten das nationalsozialistische Regime zunächst falsch ein. Sie rechneten allenfalls mit Verhältnissen wie unter dem Sozialistengesetz (1878-90). Dies und ihre Verfassungstreue erschwerten es ihnen, sich auf Widerstand in der Illegalität umzustellen. Der Weg in die Illegalität war zudem von Kontroversen begleitet, die dazu beitrugen, daß weder im Exil noch im Reich ein einheitlicher Widerstand von Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern entstand.

Die SPD-Exilführung konzentrierte sich auf Information und Aufklärung, indem Berichte aus Deutschland geschmuggelt und für die Aufklärungsarbeit im Ausland verwertet wurden. Die Informationen flossen über Broschüren, Flugblätter und Zeitschriften ("Sozialistische Akti-

on") auch ins Reich zurück. Neben der aus dem Exil unterstützten anti-nationalsozialistischen Propaganda stand bei den sozialdemokratischen Widerstandsgruppen, die sich bisher in ca. 40 deutschen Städten nachweisen lassen, das Bemühen im Vordergrund, sich auf den Zusammenbruch des Regimes vorzubereiten.

Die Gewerkschaftsführer, deren Handlungsfähigkeit 1933 durch die hohe Arbeitslosigkeit stark eingeschränkt war, hatten zunächst gehofft, ihre Organisationen auch im nationalsozialistischen Staat erhalten zu können. Diese Illusion zerbrach, als die Nationalsozialisten am 2.5.33 die Gewerkschaftshäuser stürmten und viele Gewerkschaftler verhafteten. Der nun einsetzende gewerkschaftliche Widerstand äußerte sich in mehreren Bereichen. In den Betrieben verweigerten in den Betriebs- bzw. Vertrauensmännerwahlen von 1933, 1934 und 1935 die Arbeiter mehrheitlich dem Regime die Zustimmung. Weitere Wahlen fanden deshalb nicht mehr statt.

Andere Formen der Verweigerung am Arbeitsplatz waren schwer zu verwirklichen. Streiks gab es unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur nur in geringer Zahl. Es kam aber zu verdeckten Formen des Arbeitskampfes von Bummelei bis zu Sabotage oder verbotener Hilfe für Fremd- und Zwangsarbeiter. Ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre organisierten Widerstandszirkel auf der Ebene der zerschlagenen Einzelverbände wie auch über deren Grenzen hinweg.

Es entstand eine illegale Reichsleitung, die frühere Ansätze zur Überwindung der drei Richtungsgewerkschaften (sozialdemokratische, christliche und Hirsch-Dunckersche) durch eine Einheitsgewerkschaft fortführte. In realistischer Einschätzung, daß sie allein das Regime nicht gefährden konnten, nahmen schließlich Gewerkschaftler wie Leuschner oder J. Kaiser und Sozialdemokraten Kontakte zu oppositionellen Machteliten auf und beteiligten sich an Vorbereitungen des Zwanzigsten Juli 44. Das Mißlingen des Tyrannensturzes büßten viele von ihnen mit ihrem Leben.

Neben den großen Arbeiterorganisationen leisteten kleinere Verbände von Anfang an Widerstand. Dazu zählten die "Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands" (SAP), der "Internationale Sozialistische Kampfbund" (ISK), die Gruppen "Neu-beginnen" und "Volksfront" und die "Kommunistische Partei Deutschlands/Opposition" (KPO). All diese Gruppen standen vor dem Dilemma, die Nationalsozialisten mangels anderer Handlungsmöglichkeiten nur propagandistisch bekämpfen zu können, was hohe Verluste kostete, oder sich in kleine, von der Außenwelt abgeschirmte Zirkel zurückzuziehen, was den Widerstand auf Selbstbehauptung und Vorbereitung für die Neugestaltung Deutschlands nach dem Ende der Diktatur beschränkte.

Auch die evangelische und die katholische Kirche waren 1933 in der Illusion befangen, ihre Position in Staat und Gesellschaft wahren oder gar noch verbessern zu können. Parallel zur staatlichen Gleichschaltung setzte 1933 die Gleichschaltung der evangelischen Landeskirchen ein.

Gegen die zum Teil aufgezwungene, zum Teil freiwillig vollzogene Nazifizierung der evangelischen Kirche, zu der auch die Übernahme des sogenannten Arierparagraphen gehörte, erhob sich eine innerkirchliche Opposition, die sich als Bekennende Kirche zusammenschloß. Sie wollte keinen politischen Widerstand leisten, aber sie beanspruchte ein Wächteramt, das der totalitären Durchdringung der Gesellschaft Grenzen zog und zu ständigen Konflikten mit dem Staat führte (Kirchenkampf).

So protestierte z.B. der entschiedene Flügel 1936 in einer Denkschrift gegen zentrale Teile der nationalsozialistischen Ideologie (Rassenlehre, Antisemitismus), gegen Führerkult und Manipulation der Reichstagswahl 1936, gegen Unrechtsakte der Gestapo und Beibehaltung der KZ. Diese kirchliche Fundamentalopposition, die in den politischen Bereich übergriff, wurde aber nur von einer Minderheit der Bekennenden Kirche geteilt. Kirchlicher Widerstand bedeutete

im Protestantismus v.a. Kampf gegen die Verdrängung des Christentums aus dem öffentlichen Leben und religiös begründeten Protest gegen Mißachtung der Menschenrechte.

Diese Versuche evangelischer Kirchenkreise, die nationalsozialistische Herrschaft zu begrenzen, lösten aber nicht die (im Krieg noch weiter gefestigte) Loyalität gegen die nationalsozialistische Obrigkeit. Gleichwohl wurden sie von den Machthabern als Widerstand gewertet und entsprechend verfolgt. Zum bewußten politischen Widerstand drangen evangelische kirchliche Organisationen nicht vor, wohl aber zahlreiche evangelische Christen, die als einzelne oder in Widerstandsgruppen wie dem Kreisauer oder dem Freiburger Kreis aus christlicher Überzeugung Widerstand leisteten.

Die katholische Kirche schien durch das Reichskonkordat vom 20.7.33 als Institution gesichert zu sein, nachdem zuvor die Zentrumspartei preisgegeben worden war und die Fuldaer Bischofskonferenz die ablehnende Haltung zum Nationalsozialismus revidiert hatte. Der noch 1933 einsetzende Kirchenkampf provozierte dann jedoch einen kirchlichen Widerstand, dem es um Behauptung der institutionellen Autonomie und darüber hinaus um die Verteidigung der kirchlichen Werte ging.

Die Enzyklika "Mit brennender Sorge" von 1937 markiert einen ersten Höhepunkt dieser Selbstbehauptungspolitik, die die katholische Kirche geschlossener und wirksamer als die evangelische führte. Auch sie verband den Kampf um Selbstbehauptung jedoch mit fortdauernder Loyalität gegen das Regime.

Im Kreis der Kirchenführer rivalisierten unbemerkt von der Öffentlichkeit zwei Richtungen: Kardinal Bertram war Exponent des Verhandlungskurses, der sich durchsetzte. Kardinal Preysing forderte eine Politik des öffentlichen Protests. Die Entfesselung des Krieges durch Hitler veränderte die Haltung der katholischen Kirchenführung nicht, wohl aber die Radikalisierung des nationalsozialistischen Terrors im Krieg. Bischöfliche Hirtenworte protestierten öffentlich gegen die Mißachtung elementarer Menschenrechte, zum Teil mit Erfolg. So trugen Kardinal Galens berühmte Predigten von 1941 dazu bei, die Ermordung von Geisteskranken (Euthanasie) zu stoppen.

Beide Kirchen haben ihren Kampf um Selbstbehauptung und Verteidigung christlicher Werte nicht als politischen Widerstand verstanden und sie stießen nie bis zur prinzipiellen Aufkündigung des Gehorsams gegen die verbrecherische Obrigkeit vor. Doch sie zogen mit ihrer partiellen Opposition der ideologischen Gleichschaltung Grenzen, die die Nationalsozialisten nicht durchbrechen konnten. Das mag es einzelnen wie Bonhoeffer, Delp und Mitgliedern der katholischen Arbeiterbewegung erleichtert haben, sich politischen Widerstandskreisen anzuschließen.

Der Widerstand, der aus den traditionellen Machteliten Militär und hohe Bürokratie erwuchs, setzte eine grundlegende Distanzierung von den ursprünglichen Erwartungen voraus, hatten sie doch gehofft, im Bund mit den Nationalsozialisten ihre traditionellen innen-, außen- und militärpolitischen Ziele zu verwirklichen.

Nachdem die Fritsch-Krise bereits eine noch begrenzte Militäropposition entstehen ließ, formierte sich in der Sudetenkrise 1938 erstmals eine Antikriegsgruppe, der im Militär u.a. Generalstabschef Beck, dessen Nachfolger Halder und Abwehrchef Canaris, in der Diplomatie Staatssekretär Weizsäcker angehörten. Mit der Konferenz von München fielen die bis zum Staatsstreich reichenden Planungen dieser Gruppe jedoch zusammen.

Im Krieg erweiterten sich die national-konservativen Widerstandskreise, indem nun verstärkt zivile Oppositionelle hinzustießen. Die raschen Siege der deutschen Truppen schwächten jedoch die Handlungschancen der Opposition. Dazu trug das Prestige, das dem Hitler-Regime aus den Blitzsiegen erwuchs, ebenso bei wie die Steigerung der deutschen Großmachtstellung, die auch viele Oppositionelle begrüßten.

Seit Anfang 1942 wuchs die Entschlossenheit der Militäropposition zum Widerstand. Sie er-

weiterte sich erneut politisch, aber auch sozial, indem sie Kontakt v.a. zum Kreisauer Kreis fand, der preußische Adelige, katholische und evangelische Geistliche, Beamte, Sozialdemokraten und Gewerkschaftler umfaßte. Unter den Kreisauern wurden Konzepte entworfen, die eine Erneuerung Deutschlands anstrebten und sich von überlieferten Leitbildern der Machteliten mehr und mehr lösten.

Die Handlungsfähigkeit der Militäropposition erhöhte sich 1943, als die konspirativen Kontakte in den militärischen Führungskreisen ausgedehnt wurden und sich, vorangetrieben durch Tresckow und Stauffenberg, die ethisch begründete Überzeugung durchsetzte, daß auch ohne außenpolitische Absicherung der Tod des Diktators die Voraussetzung für einen Umsturz schaffen müsse.

Nach mehreren im Vorfeld gescheiterten Attentatsplänen mißlang dann am Zwanzigsten Juli 1944 Stauffenbergs Bombenattentat auf Hitler, das den Weg frei machen sollte zur Beendigung der nationalsozialistischen Terrorherrschaft mit Hilfe der Wehrmacht. Damit hatten die national-konservativen Widerstandskreise in wenigen Jahren eine Entwicklung vollzogen, die von der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten über die systeminterne Teilopposition bis zum bedingungslosen Widerstand geführt hatte.

In anderen gesellschaftlichen Bereichen entstanden andere Formen von Widerstand. So entzogen sich in vielfältiger Weise Jugendliche der "Volksgemeinschaft". Das reichte von provokativ unangepaßtem Verhalten und zum Teil gewaltsamen Protesten wie bei den Edelweißpiraten über den organisierten und informellen Zusammenhalt nationalsozialistisch-feindlicher Gruppen (kirchliche Jugend, Arbeiter-, Jugendcliquen) bis zum Widerstand der Weißen Rose. Im KZ entwickelten Häftlinge Widerstandsarten, die – zum Teil organisiert – halfen, das Lager zu überstehen. In der letzten Phase der nationalsozialistischen Herrschaft kam es vereinzelt auch zu offenen Revolten.

Wie sehr die Form des Widerstands von den besonderen Lebensverhältnissen abhing, zeigt das Beispiel der Juden. Einen kollektiven spezifisch jüdischen Widerstand konnte es nicht geben, da ein homogenes Judentum lediglich im nationalsozialistischen Feindbild existierte. Juden beteiligten sich aber im gesamten Bereich zwischen Widerstand und Verweigerung, sie waren je nach ihrer politischen Haltung in den verschiedenen Widerstandsgruppen vertreten, sie leisteten Widerstand im KZ, im Getto und in der europäischen Résistance.

Zur Selbstbehauptung durch Verweigerung gehörte das Leben im Untergrund, die Emigration und auch die Selbsttötung, mit der sich in Berlin vier Prozent der Juden dem staatlichen Mord entzogen.

Einen einheitlich deutschen Widerstand hat es also nicht gegeben, wohl aber ein weites abgestuftes Verhaltensspektrum von der Verweigerung bis zum aktiven Widerstand. Der Bestand des nationalsozialistischen Regimes wurde dadurch nicht gefährdet. Insofern war der Widerstand vergeblich. Er hat jedoch die ideologische Gleichschaltung der Bevölkerung begrenzen helfen und die Erinnerung an ihn hat nach 1945 dazu beigetragen, an politische und moralische Werte anzuknüpfen, die der Nationalsozialismus mit Hilfe vieler, die erst in einem mühsamen Prozeß zum Widerstand fanden, zerstört hatte.<<

Die mittlere Lebenserwartung der Deutschen erhöht sich von 1910/11 bis 1932/34 um rd. 12 Jahre (x141/164): >>1910/11 = 49,1 Jahre, 1924/26 = 57,4 Jahre, 1932/34 = 61,3 Jahre.<<

CSR: Nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Tschechen wird im Jahre 1934 der Rektor der Deutschen Universität entlassen.

UdSSR: Stalin leitet allmählich die Wiedergewinnung der früheren russischen Großmachtstellung ein. Die sowjetische Rote Armee besitzt im Jahre 1934 das größte Landheer der Welt (x059/37).

Stalin schlägt dem Zentralkomitee der KPdSU während des XVII. Parteitages im Jahre 1934 vor, die sowjetisch-deutschen Beziehungen zu erweitern (x080/278): >>... Gewiß, wir sind

weit davon entfernt, von dem faschistischen Regime in Deutschland entzückt zu sein. Doch handelt es sich hier nicht um den Faschismus, wie allein die Tatsache zeigt, daß der Faschismus zum Beispiel in Italien für die UdSSR kein Hindernis war, die besten Beziehungen zu diesem Lande herzustellen.<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die "Sowjetunion" in den Jahren 1934-1945 (x051/545-546): >>(Sowjetunion) ... Die wider Erwarten starke Stellung des nationalsozialistischen Regimes und die rasche Abkühlung der deutsch-sowjetischen Beziehungen nach 1933 mit einer Hinwendung Hitlers zu Polen (1934 Deutsch-Polnischer Nichtangriffspakt) führten von 1935 an unter dem Außenminister Litwinow in Abwehr der faschistischen Gefahr zu einem – ideologisch durch die Strategie der "Volksfront" zwischen kommunistischen, sozialistischen und linksbürgerlichen Parteien abgestützten – Kurswechsel hin zur Politik der kollektiven Sicherheit (18.9.34 Beitritt zum Völkerbund) und zur Öffnung nach Westen (1933 Anerkennung durch die USA, 1935 französisch-sowjetischer und sowjetisch-tschechischer Beistandspakt).

Vorbereitet durch die blutigen "Säuberungen" im Staats-, Partei- und Militärapparat 1935/37, den Aufstieg Stalins zur Alleinherrschaft und durch die politisch-diplomatische Isolierung der Sowjetunion durch die Westmächte 1938 (Appeasement, Münchener Abkommen) und personell dokumentiert in der Ablösung Litwinows durch Molotow (3.5.39), folgte im Sommer 39 nach zweigleisigen Verhandlungen mit London/Paris und Berlin mit dem Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23.8.39 ein erneuter Richtungswechsel der sowjetischen Außenpolitik, der mit in den Zweiten Weltkrieg führen sollte.

Bis 1941 konnte die Sowjetunion – mit Ausnahme Finnlands (Winterkrieg) – das ihr vertraglich zugesicherte Glacis okkupieren: 17.9.39 Einmarsch in Ostpolen, 27.6.40 Annexion Bessarabiens und der Nordbukowina, Juli/August 40 Anschluß der Baltischen Staaten.

Der fast vierjährige Abwehrkampf gegen den deutschen Überfall (22.6.41) wurde zum "Großen Vaterländischen Krieg" proklamiert (Rußlandfeldzug). Er brachte durch die Mobilisierung des nationalen Patriotismus, die große Zahl der Kriegsoffer, den Partisanenkampf, die brutale deutsche Kriegführung und Besatzungspolitik (Generalplan Ost) und den schließlichen Sieg für das Stalin-Regime nicht nur innenpolitisch ein hohes Maß an Massenloyalität und Legitimität, sondern auch außenpolitisch – auf der Basis der oft recht eigenwillig ausgelegten Abmachungen von Teheran (1943), Jalta (1945) und im Potsdamer Abkommen – eine Erweiterung der sowjetischen Einflußsphäre bis tief nach Mittel- und Südosteuropa hinein.<<

Frankreich: Außenminister Jean Louis Barthou lobt Hitler im Jahre 1934 als einen "wahren Friedensfreund" (x025/129).

Großbritannien: Ab 1934 zeichnet sich bereits die Isolierung des NS-Reiches ab.

Stanley Baldwin (1867-1947, britischer konservativer Staatsmann) erklärt damals (x054/211): >>Englands Grenze liegt am Rhein. ...<<